

rundschreiben
01/26



medico international

Die Wetter- macher

Klimaklage gegen RWE & Heidelberg Materials /
Rojava in Bedrängnis / Aufstand im Iran /
Venezuela: Neuer US-Imperialismus

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 01/26

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

- 6 **Wer zahlt die Zeche?**
Die Klimakrise als Frage des Menschenrechts



ALLE REDEN VOM WETTER

- 12 **Wer schadet, der haftet**
Klimaklage gegen RWE & Heidelberg Materials
- 16 **Lokal trifft global**
Von Nothilfe bis Reparationen:
Weltweite Klima-Kooperationen
- 20 **Wasser ist Macht**
Nachhaltige Wasserprojekte in
Kurdistan-Irak

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektur: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
Hannes Leitlein [CC BY 4.0],
medico, privat,

Februar 2026

Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

24 Projekte / Projektionen

Nothilfe in Sri Lanka,
Menschenrechte in Afghanistan,
Gesundheit in Südafrika

DIE REPORTAGE

26 Anfang vom Ende?

Selbstverwaltung in Bedrängnis:
Eine Reise durch Rojava

50 In eigener Sache

medicos Arbeit in Israel und
Palästina unter Druck



NACH DER SOFT POWER

36 Zurück in die Zukunft

Angriff auf Venezuela und neuer
US-Imperialismus in Lateinamerika

40 Im freien Fall

Die Wahl von José Antonio Kast
zum Präsidenten von Chile

42 MAGA meets Gesundheit

Gesundheitsdeals der USA auf dem
afrikanischen Kontinent

46 Abgeschlachtet

Nach dem Blutbad: Stimmen aus dem
Iran



DAS INTERVIEW

52 Vorwärts und nicht vergessen

Gespräch mit Stefanie Schüler-
Springorum über die Gegenwart
der Erinnerung

58 medico aktiv

Auf Kampnagel für Bewegungsfrei-
heit, Film-Gespräche zur Nakba,
Umzug des Berlin-Büros von medico

60 Spenden & Stiften

...und Bestellen & Verbreiten

62 Pharma und Verbrechen

Letzte Seite: Das medico-rund-
schreiben vor 25 Jahren

Das neue Jahr ist noch jung. Dennoch ist der zweite Teil des Heftes übertoll mit Hintergründen zu den militärischen und geopolitischen Eskalationen, die nach dem Jahreswechsel die globale Politik prägen

Liebe Leser:innen,

eines der bekanntesten Plakate der 68er-Revolution in Deutschland schmücken die drei Konterfeis von Marx, Engels und Lenin. Darüber steht: „Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“, darunter der Absender: „Sozialistischer Deutscher Studentenbund.“ Das Plakat entstand im Jahr 1968 im SDS-Umfeld der Kunstakademie Stuttgart und wurde nach der Erstauflage von nur 60 Exemplaren später zu einem Verkaufsschlager, mit dessen Erlösen der SDS unter anderem Gerichtskosten finanzierte – meist solche wegen Vorwürfen des Landfriedensbruchs. Wenn Sie heute einen Nachdruck kaufen möchten, können Sie ihn für 15,49 € im Otto-Versand bestellen. Die Verwandlung der Bundesrepublik, die sich anhand des Plakats erzählen lässt, reicht aber weit über diese Anekdote hinaus. Erfunden hatte den Spruch nicht der SDS, sondern die Deutsche Bahn, die mit ihm in den 1960er-Jahren in einer großen Kampagne ihre Wetterfestigkeit bewarb. Der Künstler Klaus Staeck brachte in den 80er-Jahren dann eine Version für die Friedensbewegung heraus – mit der satirischen Variante „Alle reden vom Frieden. Wir nicht. Zweckverband der Rüstungsindustrie.“ In den Bundestagswahlkampf im Jahr 1990 wiederum zogen die Grünen mit dem Slogan „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter“.

Dass die Rede vom Wetter nicht mehr als Metapher für Belanglosigkeit, sondern für die Befassung mit einer Menschheitskrise steht: Daran hat sich seither nichts geändert. Die globale Klimagerechtigkeitsbewegung fügt dem die nicht minder bedeutsame Frage hinzu, wer eigentlich das Wetter macht – und wer unter ihm leidet. Ganz in diesem Sinne hat medico, gemeinsam mit pakistanischen Bäuerinnen und Bauern und dem European Center for Constitutional and Human Rights, nun eine Klimaklage

in Deutschland eingereicht, in der die deutschen „Wettermacher“ RWE und Heidelberg Materials, die auch Titelgeber dieser Ausgabe sind, haftbar gemacht werden sollen für die Schäden der Klimakatastrophe in Pakistan. Wie das Wetter, das natürlich korrekt Klima genannt werden muss, zu einer Frage der Menschenrechte und der globalen Nord-Süd-Ungerechtigkeit geworden ist, darüber lesen Sie mehr im Leitartikel von Karin Zennig und in unserer Strecke „Alle reden vom Wetter“ zu Klimagerechtigkeits-Kämpfen. rundscreiben-Redakteur Christian Sälzer hat dort für Sie auch die lange Genese der Klimaklage aufgearbeitet.



Mario Neumann
ist verantwortlicher
Redakteur des
medico-rundscrei-
bens.

Das neue Jahr ist zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses kaum älter als einen Monat – und dennoch ist der zweite Teil des Heftes regelrecht übervoll mit Hintergründen zu den militärischen und geopolitischen Eskalationen, die nach dem Jahreswechsel die globale Politik prägen. rundscreiben-Redakteurin Anita Starosta ist gemeinsam mit Timo Dorsch nach Nordostsyrien gereist, wo die Selbstverwaltung Rojawas nach einer militärischen Offensive der neuen syrischen Regierung am Rande der Existenz steht. Die Journalistin Gilda Sahebi dokumentiert einige – durch Internetblockade und Repression sehr rar gewordene – Stimmen aus dem Iran, wo ein Aufstand in einem Blutbad endete, dessen Ausmaße kaum in der hiesigen Wahrnehmung angekommen zu sein scheinen. Im März tritt der Rechtsextremist José Antonio Kast in Chile das Präsidentenamt an, nachdem er im Dezember die Wahl gewonnen hat. Darüber schreibt Pierina Ferretti vom medico-Partner Nodo XXI, die an dieser Stelle vor wenigen Jahren noch über den verfassungsgebenden Prozess und einen linken Präsidenten berichtete. Chile befindet sich politisch im freien Fall – und der gesamte lateinamerikanische Kontinent in Aufruhr, nicht zuletzt infolge der US-Militäraktion in Venezuela und der Entführung von Präsident und Diktator Maduro, mit der das Jahr 2026 politisch begann. Moritz Krawinkel und Timo Dorsch schreiben darüber.

Für medico ging das vergangene Jahr mit einer Konferenz zu Ende, die wir gemeinsam mit anderen in Zürich unter dem provokanten Titel „Der grosse Kanton. Rise and Fall of the BRD“ veranstalteten. Dieses Zusammentreffen war ein Glücksfall, wovon Sie sich in Mitschnitten der Podien überzeugen können, die Sie auf unserem Youtube-Kanal finden. Mit einer der Sprecher:innen, der Historikerin Stefanie Schüler-Springorum, die seit 15 Jahren das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin leitet, habe ich im Nachgang der Konferenz über die Bedeutung der Erinnerungspolitik für einen heutigen Antifaschismus gesprochen.

*Auf ein Neues
Ihr Mario Neumann*

Wer zahlt die Zeche?



Wie die Klimakrise zu einer Frage des Menschenrechts wird. Der Leitartikel

Von Karin Zennig

Es sollte die „COP der Wahrheit“ werden. Im November letzten Jahres kamen im nordbrasilianischen Belém 50.000 Teilnehmende aus 190 Ländern zur 30. UN-Weltklimakonferenz zusammen. Für einige Wochen widmete sich die Welt mal wieder der „Zukunftsfrage Klima“, evaluierte den Stand der Katastrophe und verhandelte neue nationale Emissionsziele. Das war es dann aber auch schon wieder. Eine Verpflichtung zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern wurde einmal mehr vertagt. Die globalen Emissionen steigen weiter, ebenso die Zahl der Geschädigten. Die „Wahrheit“, die in Belém einmal mehr zutage trat, ist die, dass notwendige Veränderungen blockiert werden. Die indigene Sagengestalt des Curupira, die alle Plakate der COP30 schmückte, wurde damit unfreiwillig zum Sinnbild: Um Verfolger im Urwald zu verwirren, weisen ihre Füße in die falsche Richtung. Die Konferenz kündete von einer Welt auf Abwegen.

Wenn jetzt vielerorts der Zusammenbruch der globalen Nachkriegsordnung besprochen wird, meint das also offensichtlich nicht das Ende eines funktionierenden und wirkungsvollen Systems, sondern das eines dysfunktionalen. Natürlich, erst unter der Trump-Administration wurden von den USA die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung abgelehnt, der Ausbau regenerativer Energien gestoppt und mit der Eliminierung von Forschungsdatensätzen

auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für wirksame Klimapolitik angegriffen. Aber auch vor Trump hat die Welt sich klimapolitisch bestenfalls in Trippelschritten bewegt. Seit 70 Jahren sind die Folgen von CO₂-Emissionen bekannt, die erste Weltklimakonferenz fand bereits vor 30 Jahren statt. Schon jetzt hat die Erderhitzung Hunderttausende das Leben gekostet und gigantische Schäden verursacht. Trotzdem wird so getan, als könne man einfach weitermachen. Auch in Deutschland relativiert die Bundesregierung das Ziel der Klimaneutralität, übersteigen fossile Subventionen Investitionen in Klimaschutz um ein Vielfaches und werden Klimaziele jenseits des Notwendigen berechnet.

Blockierte Transformation

Es wird oft gesagt, Optimismus sei ein Mangel an Information. Dabei speist sich der Optimismus zumindest in puncto Klimakrise aus dem Gegenteil: Es gibt Kilometer abrufbare Literatur und Konzeptpapiere, die Dekarbonisierung und ökologische Transformation bis auf wenige Ausnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen durchbuchstabiert. Doch trotz dieses Wissens, einer Bandbreite technologischer Möglichkeiten, finanzieller Ressourcen und unzähliger Verhandlungsrunden sind wir kaum einen Schritt weiter. Die eigentliche Katastrophe liegt

nicht im Ausmaß der Zerstörung, sondern darin, dass wir sie wider besseres Wissen nicht verhin- dert haben.

Wer das nicht glaubt, sollte einen Blick nach China werfen. Auch hier werden zwar weiterhin Kohlekraftwerke gebaut. Aber die flächende- ckende Elektrifizierung von Industrie und Transport, der Hochgeschwindigkeitsausbau regenerativer Energien und großflächige Be- waldungsprojekte, die China auf vielen Ebenen zum Weltmarktführer haben werden lassen, hat erst vor gut 20 Jahren begonnen. Auch Deutschland hätte sich damals auf den Weg machen können. Der Umbau von Energie, Transport, Industrie, Bau- und Landwirtschaft hätte eine massive Kraftanstrengung verlangt. Aber wenn auch nur fünf Prozent des Bruttoin- landsproduktes, wie sie jetzt handstreichartig für Aufrüstung mobilisiert werden, frühzeitig in eine umfassende Transformation geflossen wären, hätten wir längst eine „Zeitenwende“ vollzogen, die tatsächlich mehr Sicherheit böte.

Wer also die allgemeine und universelle Gültig- keit der Menschenrechte als Verwirklichungs- rechte beansprucht, der muss Veränderung auch gegen die jahrzehntelang gewachsenen Machtblöcke des fossilen Kapitals und die Phantasielosigkeit der Politik durchsetzen. Denn noch sind es die Verursacher des Klima- wandels, die in den nationalen Verhandlungs- teams der COP und Weltwirtschaftsgipfel sit- zen, während Klimaschützer:innen als Terror- ists:innen vor Gericht stehen. Auch in Deutsch- land ist die Lobby der Traditionsunternehmen von Autoindustrie über Petrochemie bis Gas und Kohle durch jahrzehntelangen Korporatis- mus tief in der gesellschaftlichen Mitte veran- kert, bis hinein in die Gewerkschaftsmilieus. In den immer wieder angerufenen „Grenzen der Zumutbarkeit“ artikuliert sich die scheinbar unverrückbare Unwilligkeit zu Veränderung,

Begrenzung und globalem Ausgleich. Die Äu- ßerung des Bundeskanzlers, „dass die Welt morgen schon nicht untergehen“ werde, bringt es auf den Punkt: Die Klimakrise ist ein Sterben auf Raten, das akzeptiert zu sein scheint – weil es zunächst und zuallererst ein Sterben der Anderen ist.

In den Gerichtssälen des Nordens

Kann die Rechtsprechung Veränderungen er- zwingen? In einem historischen Rechtsgutach- ten hat der Internationale Gerichtshof (IGH) im Sommer 2025 einstimmig festgestellt, dass Staaten völkerrechtlich verpflichtet sind, wirk- samen Klimaschutz zu betreiben. Das 1,5-Grad- Ziel des Pariser Abkommens wurde als verbind- licher Maßstab bestätigt. Zudem wurde eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als Menschenrecht anerkannt. Doch weder in den Verhandlungen auf der COP30 noch bei den neu anvisierten nationalen Emissionszielen findet dies spürbaren Widerhall.

Neue Wege im internationalen Haftungsrecht beschreiten nun pakistanische Bäuerinnen und Bauern, unterstützt durch medico und den ECCHR: Sie verklagen die Verursacher, konkret die beiden deutschen Großemittenten RWE und Heidelberg Materials, auf Schadensersatz für Klimaschäden. Was nach einem Sparten- konflikt klingt, stellt die zentrale Frage der Zeit: Wer zahlt am Ende die Zeche des Klima- wandels? Die pakistanischen Bäuerinnen und Bauern bringen so die beiden 7.000 Kilometer entfernten Konzerne in Erklärungsnot und da- mit ein Geschäfts- und Entwicklungsmodell der Moderne, das auf der Auslagerung fast al- ler Kosten auf den globalen Süden und den dort frei verfügbaren und vernutzbaren Res- sourcen basiert. Noch ist es eine von nur zwei weltweiten Klagen, die die Frage der Verant-

wortung ins Zentrum eines Gerichtsprozesses rückt. In ihr setzen die Bäuerinnen und Bauern der medialen Entkopplung von Ursache und Wirkung ihre Realität entgegen und erkämpfen sich Gehör gegen Aufmerksamkeitskonjunkturen, die Katastrophenzonen immer wieder unsichtbar machen. Während hierzulande zuallererst Konsequenzen gegen Klimaktivist:innen eingefordert werden, fordern die pakistanischen Bäuerinnen und Bauern Haftung der Verursacher und ein Ende eines Regulationsmodells, das eine intakte Umwelt als Voraussetzung globaler Menschenrechte buchstäblich verheizt. Spitzt sich die Klimakrise weiter zu, werden aber weder Gleichheit noch Demokratie künftig zur Geltung gebracht werden können – nicht für die pakistanischen Bäuerinnen und Bauern, nicht anderswo.

Die Klimakrise ist ein Sterben auf Raten, das akzeptiert zu sein scheint – weil es zunächst und zuallererst ein Sterben der Anderen ist.

Die Klage ist auch ein Nein zu Resilienz und Anpassung als Aufgabe jener, die sich wie Millionen aktuell schon Betroffener, zu denen auch medico Partner:innen von Irak, Kenia bis Indonesien gehören, nicht aussuchen können, geschädigt zu werden. Sie lehnen es ab, dass ihr Leben nur noch in den Möglichkeiten einer Überlebensgesellschaft verhandelt wird. Jahrzehnte des globalen Widerstands, erzwungene Emissionsreduzierung in Kohlegruben oder bei der Verteidigung indigenen Lands vor Konzernzugriffen, politischen Drucks auf internationalen Konferenzen oder in den Klassenzimmern

der Republik liegen hinter uns und dauern fort. Doch ein Rechtsrahmen, der große Emittenten zur Haftung zwingt, existiert bisher weder in Deutschland noch anderswo.

Das Beharren der Betroffenen, nicht geschädigt zu werden, zwingt sie in die Gerichtssäle des globalen Nordens. Sie trauen sich, worin die große Politik bisher versagt hat: globale Machtverhältnisse infrage zu stellen, ohne deren Kritik keine echte Transformation möglich ist. Viele medico-Partner:innen ebenso wie Aktivist:innen aus den am meisten von der Klimakrise betroffenen Gebieten konnten das Anliegen der Bäuerinnen und Bauern aus Pakistan daher auch sofort mit ihrer eigenen Situation verbinden. Klimagerechtigkeit zeigt sich so als Frage, die der globale Süden an den Norden richtet: Wie ist ein unbeschädigtes, lebenswertes Leben mit den verbliebenen Ressourcen für alle möglich? Wie ein Fortschritt, der sich nicht mehr wie in der Moderne auf Kosten der uns umgebenden Welt vollzieht? Es ist eine Aufgabe, die sich auch an die abgewirtschaftete politische Klasse stellt, denn für die Fortsetzung der jahrzehntelangen Notlösungen ist die Welt zu kaputt. Der Kampf für Klimagerechtigkeit leistet damit letztlich nichts anderes als einen Beitrag zur Ermöglichung einer tatsächlich wertebasierten – neuen – Weltordnung.



Karin Zennig war bei der „COP der Wahrheit“ in Brasilien. Als Referentin für Klimagerechtigkeit hat sie gemeinsam mit dem ECCHR und den Betroffenen aus Pakistan die nun eingereichte Klimaklage monatelang vorbereitet.

Alle reden Wetter

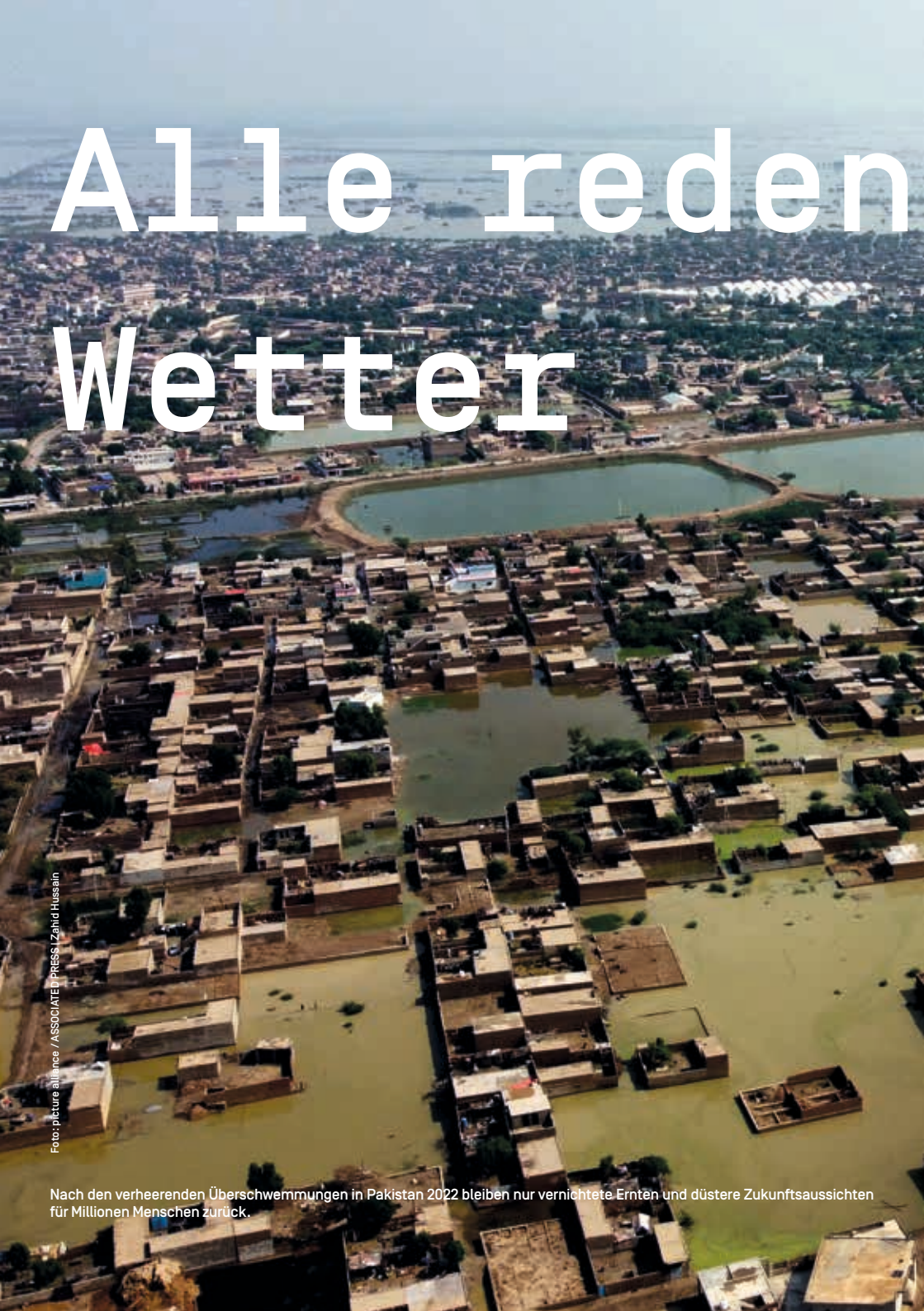
An aerial photograph showing a vast urban area in Pakistan completely inundated with floodwater. The water is a murky, brownish-green color. In the foreground, numerous small, rectangular buildings are partially submerged, with only their roofs and upper floors visible. A large, irregularly shaped pond or reservoir is visible in the middle ground, surrounded by more buildings. In the background, the city extends to the horizon, with a large body of water visible in the distance under a hazy sky.

Foto: picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Zahid Hussain

Nach den verheerenden Überschwemmungen in Pakistan 2022 bleiben nur vernichtete Ernten und düstere Zukunftsaussichten für Millionen Menschen zurück.

An aerial photograph showing a vast area of a city in Pakistan submerged in floodwater. The water is a murky, yellowish-brown color. Numerous small, rectangular buildings are scattered throughout the flooded area, some partially submerged. In the background, a large body of water, likely a river or the Arabian Sea, is visible under a hazy sky. The word 'vom' is written in large, white, sans-serif font in the upper left corner.

vom

...aber wer redet von Klimagerechtigkeit? Ein Schwerpunkt von Überschwemmungen in Pakistan bis zu ausgetrockneten Brunnen im Nordirak.

Wer schadet, der haftet

Pakistanische Bäuerinnen und Bauern verklagen
RWE & Heidelberg Materials

Von Christian Sälzer

Anfang Dezember steht Abdul Hafeez Khoso auf dem von RWE angelegten Aussichtspunkt „Skywalk“ und blickt in einen Abgrund: Der Tagebau Garzweiler hat Dörfer und Landschaft verschwinden lassen und eine Ödnis geschaffen, die sich bis zum Horizont erstreckt. In der Ferne ist in der Grube ein Koloss aus Stahl am Werk. An einem Tag kann Schaufelradbagger Typ 288 so viel Kohle aus der Erde holen, dass sich damit 2.400 Güterwagen füllen lassen. Die dystopische Szenerie machte den 41-jährigen Landwirt aus dem Süden Pakistans fassungslos – zumal ihm nur allzu bewusst ist, wie eng sie mit jener Katastrophe verschränkt ist, die ihn vor dreieinhalb Jahren getroffen hat. Auch damals stand Khoso inmitten einer grenzenlosen Verwüstung: Wassermassen hatten sein Haus, sein Dorf, seine Provinz, ja weite Teile des Landes überflutet. Eben deshalb ist er erstmals in seinem Leben in ein Flugzeug gestiegen und nach Deutschland gekommen. Er will für sich und stellvertretend für Tausende andere Schadensersatz einfordern. Doch der Reihe nach.

Ein Land geht unter

Im Sommer 2022 leisten pakistanische Partnerorganisationen von medico, die sozialmedizinische

Hilfsorganisation HANDS und der Gewerkschaftsverband NTUF, angesichts großflächiger Überschwemmungen Nothilfe. Es ist nicht das erste Mal, dass sie dies während der Monsunzeit tun. Aber schon früh melden sie, dass es diesmal anders sei, schlimmer. Tatsächlich kulminieren Extreme: In der flachen Provinz Sindh sind nach einer ungewöhnlich schweren Dürre tagelang Niederschläge wie nie zuvor auf die ausgedörrte Erde gestürzt. Die Fluten überschwemmen Äcker, Dörfer, ganze Distrikte. Landesweit steht eine Fläche, größer als die Westdeutschlands, unter Wasser. 33 Millionen Menschen müssen fliehen. Die medico-Partner retten Menschen mit Booten aus den Fluten und von Hausdächern. Was sich in Pakistan zuträgt, zählt zu den größten bislang durch den menschengemachten Klimawandel ausgelösten Katastrophen.

Als medico-Kolleg:innen vor Ort eintreffen, steht das Land noch immer unter Wasser. Der Schaden ist derart unermesslich, dass die Begrenztheit der Hilfe schreiend wird. Nothilfe ist unabdingbar, aber heillos überfordert. Wiederaufbau? Ja, so schnell wie möglich, aber für wie lange? Extremwetter treffen Pakistan immer häufiger und heftiger. Was ein Weckruf sein könnte, ist es nicht. Die Welt nimmt wenig An-

teil, gleichgültig wird wirksame Klimapolitik aufgeschoben. Bald darauf wird die Besetzung in Lützerath gewaltsam geräumt, um den Tagebau in Garzweiler zu erweitern. Was tun? Schon beim medico-Besuch im Sindh kommt eine Idee auf: eine Klage gegen die Verursacher der Klimakrise auf Schadensersatz – als Möglichkeit für Betroffene, ihrer Ohnmacht zu entkommen; als Ansatz, dem Unrecht mit den Mitteln des Rechts zu Leibe zu rücken und Weltzerstörer zur Rechenschaft zu ziehen.

Realität vs. Logik des Rechts

Das Prinzip ist einfach und klar: Wer Schaden verursacht, muss dafür aufkommen. Wie aber lassen sich die Komplexität der Verursachung der Erderwärmung und Klimafolgeschäden justizierbar machen, zumal angesichts der Schwäche eines internationalen Haftungsrechts? medico hat zwar Erfahrung mit länderübergreifenden Klagen, betritt im Feld der Klimakrise gleichwohl Neuland. In den nächsten Monaten werden gemeinsam mit den lokalen Partner:innen und den Jurist:innen des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) Möglichkeiten ausgelotet. Mehrfach reisen Delegationen ins südliche Pakistan. In Dörfern sammeln sie Informationen und erstellen Schadensberichte. Satellitenbilder helfen, subjektive Schilderungen zu objektivieren.

Damit Ansprüche geltend gemacht werden können, muss der erlittene Schaden nachgewiesen und quantifiziert werden. Das aber beißt sich mit den Realitäten des Lebens. Wie soll ein Bauer beweisen, wie viele Rinder er verloren hat, wenn sämtliche Unterlagen weggespült wurden? Wie den Ruin eines Hauses bewerten, das nicht im Grundbuch eingetragen ist? Früh fällt die strategische Entscheidung, sich auf einen kleinen, abgegrenzten Schadensbereich zu konzentrieren – den Verlust der Verkaufserlöse

von zwei durch die Überflutung entfallenen Ernteperioden. Künftige Einbußen durch mangelndes Saatgut und verunreinigte Böden, die Zerstörung von Schulen, Straßen, Fabriken, jedes individuelle Leid bis hin zum Verlust von Angehörigen – all das muss die Klage unberücksichtigt lassen, will sie eine Chance haben. Schon hier zeigt sich: Mit den Mitteln des Rechts lässt sich Unrecht nur exemplarisch angehen.

Dorfkomitees for Future

Wo kein Kläger, da kein Richter. Im nächsten Schritt geht es daher darum, Menschen zu finden, die sowohl klagewillig als auch – in Rechtsdeutsch – „klagefähig“ sind. Millionen von Land- und Besitzlosen haben zwar alles verloren, aber mangels Eigentum juristisch keinen Schaden erlitten. Am ehesten dazu in der Lage sind die wenigen Großgrundbesitzer. Doch medico, ECCHR und die Partner:innen konzentrieren sich auf die Kleinbäuerinnen und -bauern mit einem eigenen Stück Land. Wer verfügt über amtlich dokumentierte Landtitel, kann Belege von Investitionen vorlegen und Nachweise über Ertragsverluste erbringen? Über Monate besuchen Kolleg:innen von HANDS und NTUF Dörfer, lassen Fragebögen ausfüllen und führen Interviews. So geht es voran, irgendwann sind rund 40 Personen gefunden, die einen Gesamtschaden von über einer Million Euro belegen können.

Abdul Hafeez Khoso ist einer von ihnen. Seine Familie lebt in der siebten Generation in einem kleinen Dorf bei Jacobabad. Hier hat er seine Parzelle bewirtschaftet und ehrenamtlich als Lehrer gearbeitet. Als das Wasser kam, floh er mit seiner Familie auf einen Kanaldamm. 45 Tage saßen sie dort fest. Bei der Rückkehr ins Dorf wurde deutlich, was das Wasser zerstört hatte: ihr Haus, das Saatgut, alles, was sie sich aufgebaut hatten. Einer medico-Kollegin sagt Khoso bei einer der ersten Begegnungen: „Wir,

die wir am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, müssen den Preis dafür zahlen. Ich wünsche mir, bleiben zu können. Dafür brauchen wir die Mittel. Es geht mir aber nicht nur um Entschädigung, es geht mir um Gerechtigkeit für uns alle.“

Gerichte verhandeln Einzelfälle. Doch der Fall Abdul Hafeez Khoso ist kein Einzelfall, Millionen ist Gleiches widerfahren. Auch deshalb werden die Klagevorbereitungen in einen umfassenden Aufklärungs- und Selbstorganisationsprozess eingebettet und damit „kollektiviert“. In den Gemeinden bilden sich quer zu den üblichen Dorfhierarchien Komitees für Klimagerechtigkeit.

Kolleg:innen aus Deutschland und von den pakistanischen Partnerorganisationen nehmen an Versammlungen teil, nicht zuletzt, um keine falschen Hoffnungen zu wecken: Die Klage kann verloren werden. Und wenn sie gewonnen wird, wird keinesfalls alles gut. Doch die Menschen formulieren nach und nach, worum es ihnen geht: ums Prinzip; darum, gesehen zu werden; Fatalismus zu überwinden; für die eigenen Rechte und Gerechtigkeit zu streiten. Eine so verankerte Klage ist mehr als Juristerei. Sie setzt in den Dörfern und ihren Bewohner:innen Veränderungen in Gang, kollektiviert ihren Widerspruch und verbindet sie mit klimapolitischen Kämpfen in anderen Teilen der



Sichtbare Zusammenhänge: Abdul Hafeez Khoso vor der Garzweiler-Grube

Welt. All das wirkt weit über das hinaus, was vor Gericht passiert.

Im Fokus: Großemittenten

Parallel arbeiten Jurist:innen in Deutschland an der Frage, wie eine Klimakostenklage aufgesetzt werden und gegen wen sie sich richten kann. Zweifellos sind die reichen Industrienationen für die Erderwärmung verantwortlich. Nur passt der globale Norden auf keine Anklagebank der Welt. Richtungsweisend wird ein Urteil, das das Oberlandesgericht Hamm im Mai 2025 fällt. Zwar lehnt es die Forderungen eines peruanischen Kleinbauern gegenüber RWE auf Beteiligung an Schutzmaßnahmen für sein von der Gletscherschmelze bedrohtes Haus ab. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Schadensfall eintritt, sei zu gering. Grundsätzlich aber erkennt es die Möglichkeit an, Unternehmen für klimabedingte Schäden im Ausland haftbar zu machen. Ein Meilenstein. Und in Pakistan ist der Schaden bereits eingetreten.

Wissenschaftlich belegt ist, dass rund 100 Unternehmen, die sogenannten Carbon Majors, für fast 70 Prozent der weltweiten historischen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Zwei davon haben ihren Hauptsitz in Deutschland: der Energieriese RWE und das Baustoffunternehmen Heidelberg Materials. Weil die zerstörerischen Folgen von Treibhausgasemissionen seit Jahrzehnten bekannt sind, kann Unternehmen, die ihre Emissionen nicht reduziert haben, fahrlässiges und schuldhaftes Verhalten unterstellt werden. Nach umfassenden Prüfungen wird entschieden, Klage gegen die beiden Konzerne auf anteiligen Schadensersatz vorzubereiten. Viel wäre das nicht. Aber es würde einen Präzedenzfall schaffen, weitere Klagen ermöglichen und die Geschäftsmodelle von solchen Großemittenten unter Druck setzen.

Ab Herbst 2025 geht es Schlag auf Schlag. Am 28. Oktober werden die Unternehmen schriftlich über die Schadensersatzforderungen informiert und zu außergerichtlichen Verhandlungen über eine Verantwortungsübernahme aufgefordert. medico wendet sich mit der Kampagne „Weltzerstörer vor Gericht“ an die Öffentlichkeit, klimapolitische Netzwerke weltweit horchen auf. Und Abdul Hafeez Khoso reist mit zwei Sprecher:innen der Klimagerechtigkeitskomitees aus den Dörfern nach Deutschland, wo sie bald schon auf dem Skywalk am Tagebau Garzweiler stehen werden. Es folgen öffentliche Veranstaltungen und Treffen mit Klimaaktivist:innen, der Besuch einer Waldbesetzung im Hambacher Forst und agrarökologischer Initiativen. Auf einer der Veranstaltungen betont Abdul Hafeez Khoso: „Wir sind nicht hier, um Betroffenenberichte abzugeben. Wir sind hier, weil sich die Verhältnisse ändern müssen, bei uns in Pakistan und hier in Deutschland. Nicht Klimaaktivist:innen gehören vor Gericht, sondern Unternehmen, die mit ihren Geschäften die Welt zerstören.“

Kurz darauf schlagen sowohl Heidelberg Materials als auch RWE die Option aus, sich außergerichtlich zu einigen. Am 22. Dezember 2025 reichen 39 Bäuerinnen und Bauern aus Pakistan Klage beim Landgericht Heidelberg ein. Fortsetzung folgt.



Christian Sälzer ist Redakteur des Rundschreibens und unterstützt journalistisch die medico-Arbeit zu Klimagerechtigkeit. So hat er auch die Folge „Pakistan – ein Land verschwindet“ des medico-Podcasts konzipiert.

Mehr zur Klage unter climatecostcase.org. Hier kann auch Material in englischer und deutscher Sprache kostenlos bestellt werden.

Lokal trifft global

Von Nothilfe bis Reparationen: Hendrik Slusarenka über medicos Klima-Kooperationen

Foto: Privat



Hendrik Slusarenka ist seit 2021 Referent für den Schwerpunkt Klimagerechtigkeit bei medico.

Das ist in der Tat exemplarisch. Takt und Intensität von extremen Wetterereignissen haben unübersehbar zugenommen. Das macht Nothilfe immer häufiger nötig und Fortschritte schnell wieder zunichte. Typisch daran ist auch, dass UNAC eigentlich weder eine Nothilfe- noch eine Klimaorganisation ist. UNAC ist der nationale Verband der Kleinbäuerinnen und -bauern, der Kooperativen im Kampf gegen Landraub und Vertreibung unterstützt. So wie ihnen geht es mittlerweile vielen unserer Partnerorganisationen im globalen Süden: Nur die wenigsten haben sich ausgesucht, sich mit Dürren, Stürmen und Überschwemmungen auseinanderzusetzen. Ihre oft unmittelbare Lebensrealität zwingt sie dazu.

Im Frühjahr 2025 richtete ein Zyklon in Mosambik schwere Schäden an. Die medico-Partnerorganisation UNAC leistete Nothilfe und hat vor wenigen Monaten ein Projekt zur Wiederherstellung der Lebensgrundlagen betroffener Familien begonnen. Während wir sprechen, stehen weite Teile des Landes nach massiven Regenfällen unter Wasser. Vieles von dem, was nach den wiederkehrenden Katastrophen der vergangenen Jahrzehnte neu aufgebaut wurde, ist bereits wieder zerstört. Sieht so die bittere Realität der Hilfe in der Klimakrise aus?

In einem rundsprechen-Interview vor einhalb Jahren sagte eine philippinische Partnerin des Netzwerkes SOS über die Nothilfe nach einem Taifun: „Eigentlich kommen wir immer zu spät.“

Jede Nothilfe kommt ja per definitionem zu spät. SOS setzt sich deshalb durch gemeindeorientierte Katastrophenvorsorge dafür ein, dass Notsituationen möglichst gar nicht erst entstehen, und versucht, die Communitys bei der Prävention zu stärken. Aber auch sie sind immer öfter und mit extrem begrenzten Ressourcen in der Nothilfe gefordert. Eine andere

Partnerorganisation, das Somali Journalist Syndicate, hat einen ganz anderen Hintergrund, ist aber heute bei einer ähnlichen Praxis angekommen: Sie haben nicht nur begonnen, Journalist:innen in Klimafragen zu schulen, sondern sagen mittlerweile: „Wir können nicht nur danebenstehen und berichten, wir müssen aktiv helfen.“ Deswegen unterstützen sie heute Gemeinden, Wetterdaten auszuwerten und untereinander auszutauschen – um zumindest frühzeitig gewarnt zu sein.

Gehen wir noch einmal einen Schritt zurück: Seit wann beschäftigt sich medico mit der Klimakrise?

Interessanterweise war „Klima“ schon frühzeitig Thema bei medico. Bereits 2013 erschien die Broschüre „Auf der Flucht vor dem Klima“. Im Fokus stand die Erwartung, dass viele Millionen Menschen ihr Zuhause klimabedingt werden aufgeben müssen. Es ging also um Fluchtbewegungen in einer kommenden Zukunft. Vershoben hat sich die Perspektive in den Folgejahren, in denen das, was damals einfach immer „Naturkatastrophe“ genannt wurde, häufiger und stärker zuschlug. Einschneidend war das Jahr 2017 mit dem Supertaifun Haiyan auf den Philippinen und einer ungeheuren Dürre in Ostafrika. Das war auch für mich ein Schlüsselerlebnis: Ich verstand, dass die Klimakrise längst da ist und wir nicht mehr so tun können, als hätten wir es mit einzelnen Katastrophen zu tun; dass es eine Klammer gibt, die lokale Ereignisse miteinander verbindet. Die Klimakrise ist eine politische Frage, die weit über das Thema Flucht hinausgeht und auf die Hilfe allein keine hinreichende Antwort geben kann.

Rückblickend betrachtet waren jene späten 2010er-Jahre die kurze Phase, in der die Klimakrise auch hierzulande „ankam“ und politisch ernst genommen zu werden schien.

Da kam einiges zusammen. Zum einen erschie-

nen immer mehr Attributionsstudien, die wissenschaftlich nachwiesen, dass der menschengemachte Klimawandel Extremwetterereignisse wie Hitze, Starkregen, Dürre oder Stürme zwar nicht erzeugt, sehr wohl aber verstärkt und wahrscheinlicher macht. Gleichzeitig gab es auch in Europa extreme Trockenperioden und Hitzephasen, das war eine neue Erfahrung. Und nicht zu vergessen: Die Fridays-for-Future-Bewegung erhob sich und hievte die Klimafrage auf die politische Agenda.

Im NGO-Kontext dominierte gleichwohl weiterhin der Resilienz-Diskurs, also der Ansatz, dass sich Gesellschaften „fit für die Katastrophe“ machen und widerstandsfähiger werden müssten.

medico hat sich von Anfang an kritisch auf diesen Ansatz bezogen, weil er die Verantwortung für Schutz und Überleben an die Betroffenen delegiert und damit den globalen Norden und große Verschmutzer entlastet, etwas an den von ihm verantworteten Ursachen zu ändern.

Dennoch braucht es ja klimagerechte Anpassung.

Ohne Frage. Wir unterstützen unsere Partnerorganisationen auch dabei. So fördern wir im Nordirak und in Somalia den Bau von Brunnen und nachhaltige Wasserkonzepte. In anderen Regionen – von Brasilien über Kenia bis Sri Lanka – stehen wir agrarökologischen Projekten zur Seite, die nachhaltige und klimaangepasste Formen der bäuerlichen Landwirtschaft erproben. Natürlich stellt sich die Frage, wie lange solche Maßnahmen tragen. Aber es sind eben keine rein technischen Ansätze. Es sind kollektive Anstrengungen in den Dörfern und Regionen, ihre Situation nicht als „Schicksal“, sondern als Unrecht zu begreifen und gemeinsam Elementares zu verteidigen: Zugang zu Land, das Recht auf eine selbstbestimmte Gestaltung ihrer Agrar- und Ernährungssysteme und den Schutz der Existenzgrundlagen. Unse-

re Partner:innen können die Probleme nicht lösen. Aber sie halten daran fest, dass die Verhältnisse veränderbar sind. Indem sie Rechte verteidigen und politische Forderungen stellen, gehen sie weit über das hinaus, was gemeinhin unter Resilienz verstanden wird.

Die Klimakrise als Menschenrechtsfrage?

Genau. Der Zustand der natürlichen Umwelt strukturiert wesentlich die Möglichkeit eines und einer jeden für ein Leben in Selbstbestimmung, Gesundheit und Würde. Insofern betrifft die Klimakrise Kernpunkte der universellen Menschenrechte – und damit auch Kernpunkte der Arbeit von medico. Seit 2021 arbeitet medico unter dem Oberbegriff der Klimagerechtigkeit an diesen Fragen.

Apropos politisches Verständnis der Klimafrage: medico fördert in den vergangenen Jahren verstärkt länderübergreifende klimapolitische Netzwerke.

Wir sehen auf der großen politischen Bühne momentan keinen Akteur, der willens und stark genug ist, den notwendigen klimapolitischen Wandel einzuleiten und dies gegen die bestehenden Widerstände zu tun. Klimagerechtigkeit ist aber untrennbar mit Fragen nach Verantwortung und Verursachung verbunden – und damit auch mit Forderungen nach Reparationen, Rechenschaft und globaler Umverteilung. Deswegen fördern wir gezielt die Organisierung von unten, also transnationale Zusammenschlüsse und Orte, die diese Fragen aufwerfen und wachhalten können.

Zum Beispiel?

Ein Beispiel aus der Anfangszeit ist die Kooperation mit Fridays for Future MAPA. MAPA steht für „Most Affected People and Areas“, die Klimaaktivist:innen stammten also aus den am stärksten betroffenen Regionen der Klimakatastrophe. Aktuell unterstützen wir zum Beispiel das African Climate Justice Collective

und das Netzwerk Debt for Climate. Dieses pocht darauf, dass Schutz Ressourcen erfordert und aktualisiert deshalb die alte Debatte um einen globalen Schuldenschnitt. Für uns geht das mit neuen Kooperationsformen einher: Viele der Aktivist:innen sind sehr jung und die Netzwerke sind loser organisiert als klassische NGOs oder gewerkschaftliche Strukturen.

Bei medico gibt es die Rede davon, dass die Klimakrise unbewohnbare Zonen schafft. Wie sehen das Menschen, die in solchen Regionen leben und sich engagieren?

Niemand macht sich etwas vor, alle wissen, was mit dem Fortschreiten der Erderwärmung droht. Und vielen ist auch allzu bewusst, wer die Verantwortung dafür trägt. Dennoch versuchen die Menschen zu bleiben, wo sie zu Hause sind. Ende 2024 war ich in Mathare, einem der größten Slums in Nairobi. Starkregen hatten dazu geführt, dass viele Wellblechhütten weggespült wurden. Das erste Gedanke vor Ort war nicht, Mathare zu verlassen. Denn wohin auch? Vielmehr haben sich die Bewohner:innen zuerst um ihre Nachbarn gekümmert und sich dann an den Wiederaufbau gemacht und versucht, ihr Zuhause besser und sicherer zu machen.

Du hast vorhin gesagt, dass medico keine technischen Ansätze verfolgt. Genau darauf beschränkt sich aber die hiesige Politik: Kaum ein Wort über Klimagerechtigkeit, aber Förderung von E-Mobilität, Offshore-Windparks und sogenanntem grünen Wasserstoff in großem Stil.

Es braucht eine umfassende Transformation. Diese kann aber nicht nur technisch sein. Sie muss gerecht sein und mit den Logiken von Fortschritt, Ausbeutung und Vernutzung natürlicher Ressourcen brechen, die in erster Linie den Interessen von Eliten und Konzernen dienen. In Indonesien setzen sich die Partner:innen von Yayasan Tanah Merdeka für die

Rechte der indigenen Bevölkerung und Arbeiter:innen – darunter viele aus China – im Kontext der Nickel-Industrie ein. Nickel wird für E-Auto-Batterien und die grüne industrielle Umrüstung benötigt. Auf Sulawesi aber schädigt sein Abbau massiv die Umwelt, in den Minen und Schmelzen sind tödliche Unfälle an der Tagesordnung. Mit ihrem Widerstand stellen unsere Partner:innen die entscheidende Frage: Um wessen Zukunft geht es? Und sie beharren darauf, dass es Lösungen geben muss, die nicht das Leid und den Tod anderer in Kauf nehmen.

Das Interview führte Christian Sälzer.

Mehr unter medico.de/klimagerechtigkeit

Der Druck zu grundlegender Veränderung in der Klimafrage kommt von unten. Unsere Partner:innen organisieren den tagtäglichen Kampf um den Erhalt von Lebensgrundlagen und pochen auf die Anerkennung der ökologischen Schuld durch den globalen Norden. Unterstützen Sie ihre Arbeit mit einer Spende.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit



Hendrik Slusarenka mit Vertretern der medico-Partnerorganisation SODECA im somalisch-kenianischen Grenzgebiet. Dort, wo sie stehen, gab es bis vor einigen Jahren noch einen See.

Wasser ist Macht

In Kurdistan-Irak sichern nachhaltige Wasserprojekte das Überleben einer Region

Von Mina Basergan und Karin Mlodoch

Es hat nicht viel gefehlt, und das kleine Dorf Wrela in den staubtrockenen Hügeln des Distrikts Bawanoor wäre verschwunden. Nur noch fünf Familien waren geblieben, alle anderen hatten aufgegeben. Zu rar war das Wasser geworden, um damit Landwirtschaft zu betreiben. Zuletzt hatte sich das Grundwasser noch als nicht trinkbar erwiesen.

Die Probleme des Dorfes sind keine Ausnahme. Der Irak zählt zu den fünf Ländern weltweit, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Immer höhere Temperaturen von bis zu 55 Grad und Sandstürme, die Städte und Dörfer in orangefarbenen Nebel tauchen und Tausende in die Notaufnahmen treiben, machen viele Orte im Sommer quasi unbewohnbar. Dürreperioden lassen Wasserläufe austrocknen und den Grundwasserspiegel absinken. Die landwirtschaftliche Produktion und Viehzucht darben, die Landbevölkerung flieht in die urbanen Zentren. Die Erdöl fördernden (inter)nationalen Konzerne tun ein Übriges: Die Verbrennung des austretenden Gases treibt gesundheitsgefährdende Rauchschwaden über die Landschaft.

Hotspot des Klimawandels

Die Wasserreserven des Irak sind mit nur zehn

Milliarden Kubikmetern auf einem Tiefstand. Benötigt würden 18 Milliarden. Die akute Knappheit ist Folge des Klimawandels. Sie hat aber auch andere Ursachen. So entspringen die für den Wasserhaushalt der Region bedeutenden Flüsse – Euphrat, Tigris, der Kleine und Große Zab und der Sirvan-Fluss – in der Türkei und im Iran. Die dortigen Regierungen bekämpfen die Autonomiebestrebungen der eigenen kurdischen Bevölkerung und nutzen den Zugang zu Wasser als Druckmittel gegen die kurdische Region im Irak. Im Zuge des gewaltigen „Südostanatolien-Projekts“ (GAP) plant die türkische Regierung 22 Staudämme entlang des Euphrats und Tigris. Der 2020 fertiggestellte Ilusu-Staudamm und der geplante Cizre-Staudamm werden das Tigris-Wasser vor der irakischen Grenze auf einer Länge von 200 Kilometern stauen. Durch die Dämme stromaufwärts am Großen und Kleinen Zab und dem Sirvan-Fluss können Ankara und Teheran die Wasserzuflüsse in die kurdische Region im Irak kontrollieren – und beschränken.

Die irakische Regierung und die kurdische Regionalregierung sind mit internen Machtkämpfen beschäftigt und haben bislang keine gemeinsame Strategie im Umgang mit der Wasserkrise entwickelt. In der kurdischen Region führen Konflikte mit der Regierung in Bagdad – um die Einnahmen aus der Erdölförderung ebenso wie



Keine Selbstverständlichkeit: frisches Trinkwasser in der Region Garmian.

um Korruption und Klientelwirtschaft der Parteien – zu einer anhaltenden Finanzkrise: Öffentliche Verwaltung und soziale Institutionen erodieren, vollmundig angekündigte Infrastrukturprojekte lassen weiter auf sich warten. Seit den Wahlen im Oktober 2024 konnten sich die politischen Parteien bis heute nicht auf die Zusammensetzung des Parlaments und einer handlungsfähigen Regionalregierung einigen.

Die Krise in der Krise

Die Region Garmian (übersetzt: „warme Region“) liegt im Südosten der kurdischen Region und grenzt an den Iran und die zentraliraki-

schen Provinzen Diyala und Salahaddin. Sie war 1988 einer der Hauptschauplätze der sogenannten Anfal-Operationen des irakischen Baath-Regimes gegen die kurdische Bevölkerung: Mehr als Hunderttausend Menschen wurden verschleppt und ermordet, Tausende Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Die Überlebenden wurden inhaftiert und später in Zwangsumsiedlungslager verbracht. Erst mit der provisorischen Autonomie der kurdischen Region nach der ersten US-geführten Invasion 1991 wurden – auch mit Unterstützung von medico – Dörfer wiederaufgebaut und die Rückkehr ihrer ehemaligen Bewohner:innen ermöglicht. 2014 wurde die Region dann erneut Konfliktgebiet. Kurdische Kämpfer (Peshmerga) stellten

sich der vorrückenden Terrormiliz „Islamischer Staat“ entgegen. Die Region nahm Zehntausende vor dem IS geflüchtete Menschen aus den arabisch-irakischen Provinzen auf.

Heute ist es der zunehmende Wassermangel, der die Menschen aus den wiederaufgebauten Dörfern treibt. Das reißt auch alte Wunden wieder auf. Die Rückkehr in die von der Anfal-Operation betroffenen Dörfer war bei der Verarbeitung der Gräueltaten ein wichtiger Schritt für die kurdischen Familien. Jetzt müssen sie Tatorte von einst, die sie sich durch ihre Präsenz wieder angeeignet und Gedenkstätten, die sie zur Überwindung der Traumata geschaffen haben, hinter sich lassen.

Unser Verein HUKARI e.V. arbeitet seit 30 Jahren in der Garmian-Region mit einem Team lokaler Mitarbeiter:innen, das unter anderem Anlaufstellen in Rizgary und Kifri betreibt. Stetig größeren Platz in unserer Arbeit nimmt der Umgang mit den knappen Ressourcen in der Region ein. So haben sich Dorfgemeinschaften immer wieder wegen der wachsenden Wasserknappheit mit der Bitte um Unterstützung an uns gewandt. Meist ging es um die Bohrung von Tiefbrunnen. Das Dilemma: Die Bohrungen senken den Grundwasserspiegel aber weiter ab. Gleichzeitig können und wollen die Menschen in den Dörfern nicht auf die vom Staat versprochenen Infrastrukturprojekte warten. Sie brauchen schnelle Lösungen, um zu überleben. Seit 2022 unterstützt HUKARI deshalb mit Förderung von medico Wasserprojekte in Dörfern, deren Existenz bedroht ist. In Zusammenarbeit mit dem staatlichen Wasserdepartment der Region und den Dorfgemeinschaften werden kostengünstige und zeitnahe Wege zur Sicherung der Wasserversorgung entwickelt und umgesetzt. Dabei geht es um Alternativen zum Bohren immer neuer oder tieferer Brunnen. Wie lassen sich

natürliche Wasserquellen wiederbeleben, Dörfer an weiter entfernte Wasserquellen anschließen oder dorfinterne Verteilsysteme für bestehende Brunnen errichten?

Frisches Wasser

An vielen Orten konnten wir nachhaltigere Antworten finden, so auch in Wrela, dem kleinen Dorf vom Anfang dieses Artikels. Im Zuge eines Wasserprojekts wurden hier zwei natürliche Quellen unweit des Dorfes ausgemacht und gereinigt. Die Wasserströme wurden zusammengeführt, in ein Auffangbecken geleitet und von dort mit einem Leitungssystem an die Haushalte angeschlossen. Inzwischen sind einige Familien zurückgekehrt. Wrela wächst wieder. Auch an anderen Orten konnte etwas bewegt werden: Im Dorf Wali Hair im Distrikt Sarqala drohte 180 Familien der Verlust ihrer einkommenssichernden Viehzucht. Unkoordinierte Brunnenbohrungen einzelner Haushalte hatten zu einer dramatischen Absenkung des Grundwasserspiegels geführt. Es gelang nicht nur, einen gemeinschaftlichen Tiefbrunnen zu bohren. Vielmehr wurde auch ein dorfinternes Wassernetz installiert und ein sozialer gerechter Zugang zu Wasser organisiert. Inzwischen sind 63 Familien nach Wali Hair zurückgekehrt.

Ein anderer Ansatz besteht darin, in der sonnenreichen Region Solarenergie zu nutzen. Bei einem Pilotprojekt in dem verlassenen Dorf Basha ist eine Solaranlage angeschlossen worden, die die Pumpe des Tiefbrunnens betreibt. Zudem wurden Becken für die Sammlung von Regenwasser für Viehzucht und Landwirtschaft errichtet. Laut Projektkoordinator Ziyad Fayaq sind bereits elf Familien nach Basha zurückgekehrt. Und immer mehr Haushalte in der Garmian-Region nutzen inzwischen Solarsysteme zur Stromgewinnung.

In allen Dörfern des Projekts werden die technischen Arbeiten begleitet von Begrünungsaktionen an den Wasserstellen und öffentlichen Orten. Die kleinen Oasen spenden Schatten und bieten Schutz vor Sandstürmen. Hierzu tragen viele ihren Teil bei: Lokale Umweltaktivist:innen unterstützen die Dorfgemeinschaften, indem sie Systeme zur Tröpfchenbewässerung der Pflanzen installieren. Setzlinge werden von den Baumschulen lokaler Universitäten gratis bereitgestellt. Studierende der Universität Garmian in Kalar und der Polytechnischen Hochschule in Kifri untersuchen die Gesundheitssituation der Bewohner:innen, Trinkwasserqualität und lokale Möglichkeiten einer resilienten und nachhaltigen Landwirtschaft. Zudem bieten sie Fortbildungen zu Umwelt- und Ressourcenschutz an.

An den Hochschulen werden Forschung und Lehre zu innovativen Klimaschutzmaßnahmen intensiviert. Im Frühjahr 2026 soll im Rahmen des Wasserprojekts eine Konferenz zum Thema „Wasserknappheit in der Region Garmian“ stattfinden, bei der Wissenschaftler:innen und politische Entscheidungsträger:innen aus Garmian und der Provinz Diyala, die sich Wasserläufe teilen, zu einem provinzübergreifenden Austausch zusammenkommen werden.

Für das Recht zu bleiben

Das Wasserprojekt mag nur ein Tropfen auf einen politisch, sozial und ökologisch sehr heißen Stein sein. Seit Ende 2022 aber ist es gelungen, in 23 Dörfern die Trinkwasserversorgung für Mensch und Tier und in manchen auch die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen zumindest für die nächsten Jahre sicherzustellen. Insgesamt konnten dadurch bereits 1.400 Familien in ihre Dörfer zurückkehren. Und der Ansatz macht Schule: In enger Zusammenarbeit zwischen HAUKARI, Dorfgemeinschaften,

dem staatlichen Wasserdepartment, Studierenden lokaler Universitäten und Umweltaktivist:innen werden auf die dörflichen Gegebenheiten abgestimmte, niedrigschwellige und zeitnahe Lösungen gefunden. Das anfänglich mit Verweis auf „anstehende“ staatliche Großprojekte zurückhaltende Wasserdepartment stellt inzwischen neben Expertise auch Material zur Verfügung und garantiert die langfristige Instandhaltung der Anlagen. Vor allem aber aktiviert der Ansatz Dorfgemeinschaften: Sie überwinden die Ohnmacht und setzen sich gemeinschaftlich für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen ein. In mehreren Dörfern haben private Sponsoren die Finanzierung der Wasserarbeiten übernommen, HAUKARI hat nur noch eine begleitende und koordinierende Rolle. Dadurch können mehr Dörfer als geplant erreicht werden.

In den letzten Wochen hat es in Kurdistan-Irak erstmals seit Jahren wieder anhaltend geregnet. Die Stauseen füllen sich, die Menschen hoffen auf einen weniger harten Sommer. Gleichzeitig erleben sie mit dem brutalen Vorgehen der syrischen Regierung gegen Rojava einen erneuten Angriff auf die kurdische Selbstbestimmung. Zu Zehntausenden gehen sie in Solidarität mit den Menschen in Rojava auf die Straßen. Die Kämpfe ums Überleben und um die kurdische Selbstbestimmung sind nicht zu trennen.



Mina Basergan (rechts im Bild) und Karin Mlodoč sind beim medico-Partner HAUKARI aktiv. Der Verein unterstützt seit 1995 in der Garmian-Region die Selbstorganisation von Anfal-Überlebenden und arbeitet zu Fragen von Geschlechtergerechtigkeit und einem gesamtirakischen Jugenddialog.

Projekte Projekti- onen

Immer heftiger

Nothilfe nach dem Zyklon Ditwah
auf Sri Lanka

Es ist die tödlichste Naturkatastrophe in Südasien seit vielen Jahren: Ende 2025 kam es infolge extremer Regenfälle in mehreren Ländern zu Sturzfluten, Überschwemmungen und Erdbeben. Auf Sri Lanka wütet der Zyklon Ditwah. Die dortigen medico-Partner:innen vom Uyirmai Collective haben sofort begonnen, Nothilfe für betroffene Plantagengemeinschaften zu leisten, die oft der stark marginalisierten Minderheit der Tamilen angehören. Die Überschwemmungen haben ganze Dörfer zerstört und Ernten vernichtet. Die medico-Partner:innen haben die Gemeinschaften mit dem Nötigsten versorgt und Beistand organisiert. Inzwischen unterstützen sie Wiederaufbaumaßnahmen, die den Familien helfen sollen, wieder ein stabiles Einkommen aufzubauen. Unterdessen hat eine aktuelle Studie des Wissenschaftsnetzwerks World Weather Attribution berechnet, wie die Klimakrise die Gefahr tödlicher Überschwemmungen in der Region erhöht. Konkret: Ohne die Erderwärmung wäre die Wucht des Zyklons Ditwah vermutlich nur halb so stark gewesen.



Die Partner:innen von Uyirmai verteilen Nothilfe-Pakete an die vom Zyklon betroffenen Familien.

Spendenstichwort: Nothilfe

Weil Geschichte nicht endet

Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan

Nach über vier Jahren neuerlicher Taliban-Herrschaft ist die Menschenrechtslage in Afghanistan weiter desaströs. Grundrechte sind außer Kraft gesetzt, Frauen wieder aus dem öffentlichen Raum verbannt. Minderheiten werden gewaltsam vertrieben, die Meinungsfreiheit ist eingeschränkt. Die Menschenrechtsorganisation „Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation“ (AHRDO) aber setzt ihren Kampf fort, teils inzwischen aus dem Exil, weiterhin aber auch mit Mitarbeitenden vor Ort. AHRDO hat bislang rund 10.000 Erfahrungsberichte von Opfern von Menschenrechtsverbrechen dokumentiert, darunter Kriegsverbrechen, Folter, geschlechtsspezifischer Verfolgung und gezielter Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Entstanden ist ein einzigartiges Archiv, das Zeugnisse, Erinnerungen und Geschichten bewahrt und für zukünftige Generationen sichtbar macht. Öffentlich zugänglich ist das Archiv unter afghanistanmemoryhome.org. Es ist auch Grundlage für die juristische Arbeit von AHRDO – mit dem Ziel, dass Menschenrechtsverletzungen durch Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof eines Tages verfolgt und Täter zur Rechenschaft gezogen werden können.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Strukturell krank

Südafrika: Gegen Ausgrenzung im Gesundheitssystem

Gesundheit ist immer auch ein Indikator für soziale Ungleichheit. So ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung in Südafrika auch drei Jahrzehnte nach dem Ende des Apartheid-Regimes noch immer ein Privileg, das in hohem Maß an die Hautfarbe geknüpft ist. Neu ist, dass sich zunehmend rechtsextreme Gruppen formieren, die Stimmung gegen Migrant:innen machen und diese von medizinischer Behandlung ausschließen wollen – sogar durch gewaltvolle Übergriffe in Krankenhäusern. Die medico-Partnerorganisationen Sinani, PHM und Khanya College stellen sich reaktionären Tendenzen und krankmachenden Verhältnissen mit ihrer Arbeit entgegen. Kernelement sind dabei die in Gesundheitsforen organisierten Community Health Activists, die in marginalisierten Gemeinden gesundheitspolitische Aufklärung leisten und diese in die Lage versetzen, strukturelle Probleme zu benennen und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Daneben unterstützen die medico-Partner:innen auch die landesweiten Arbeitskämpfe von Gesundheitsarbeiter:innen, die in ihren Gemeinden unerlässliche Basisarbeit leisten.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Anfang vom Ende?



Alle Fotos: medico

Im nächtlichen Qamişlo: Nachbarschaftskomitees halten trotz eisiger Temperaturen Wache.

Die Selbstverwaltung von Nordostsyrien wird militärisch in die Enge getrieben. Eine Reise durch Rojava, wo sich auch die Zukunft Syriens entscheidet

Von Anita Starosta und Timo Dorsch

Am inoffiziellen irakisch-syrischen Grenzübergang in Fishkabour-Semalka herrscht gähnende Leere. Das uns vertraute Gewusel bei der Gepäckkontrolle, lange Schlangen an den Schaltern, spielende Kinder, die sich die Wartezeit vertreiben, all das fehlt dieses Mal. Die Grenze überqueren wir in einem fast leeren Minibus, der auf der wackeligen Pantanbrücke über den Tigris fährt. Zahlreiche Trucks, beladen mit Hilfsgütern von der Barzani Charity Foundation aus dem kurdischen Nordirak, die auf ihre Überfahrt nach Nordostsyrien warten, deuten darauf hin, was uns die nächsten Tage erwarten wird. Die Kamerateams der kurdischen Fernsehsender sind schon auf beiden Seiten der Grenze postiert. Hilfe ist immer auch Inszenierung. Es ist Ende Januar und wir haben uns kurzfristig entschieden, unsere Partner:innen in Rojava mit einem Besuch vor Ort zu unterstützen.

Seit der Militäroffensive der syrischen Übergangsregierung unter der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) und ihr nahestehenden islamistischen Milizen auf die kurdischen Stadtteile in Aleppo am 8. Januar überschlugen sich die Ereignisse in Nordsyrien. Weil Verhandlungen zwischen der HTS und den Selbstverteidigungskräften der Selbstverwaltung (SDF) scheiterten, nahmen HTS-Einheiten in einem überraschenden Vormarsch nicht nur die kurdisch geprägten Stadtteile Sheikh Maqsoud und Aschrafijeh in Aleppo ein. Sie rückten auch in weitere ara-

bisch dominierte Gebiete vor, die unter militärischer Kontrolle der Selbstverwaltung standen. Innerhalb weniger Tage nahm die HTS unter Beteiligung ihr nahestehender islamistischer Milizen Städte wie Tabqa und Raqqa sowie die Region Deir-ez-Zor ein – auch unter Jubel der dortigen arabischen Bevölkerung. Doch auch damit nicht genug: Wenige Tage später war die symbolgeladene kurdische Grenzstadt Kobane von der HTS umzingelt. Dabei wurden immer wieder Waffenstillstandsabkommen gebrochen, Kurd:innen getötet und vertrieben, Gefängnisse geöffnet und IS-Kämpfer:innen freigelassen. Mehrere Mitarbeitende des medico-Partners vom Kurdischen Roten Halbmond (KRH) wurden zwischenzeitlich entführt, KRH-Ambulanzen sowie Kliniken niedergebrannt, die KRH-Zentrale in Qamislo wurde sogar Ziel eines nächtlichen Drohnenangriffs. Zehntausende Zivilist:innen flohen Hals über Kopf vor den Angriffen. Die von der Selbstverwaltung kontrollierte Region, die bis dato ein Drittel des syrischen Staatsgebiets ausmachte, schrumpfte so auf fast die Hälfte ihrer ursprünglichen Fläche.

Versöhnung? Ein Scheibenhaufen

Später berichtet die medico-Partnerorganisation Rights Defense Initiative (RDI) von einer orchestrierten Propagandakampagne auf Social Media, die HTS-nahe Kanäle im Vorfeld der Mili-

täroffensive lanciert hatten. „Falsche Berichte über von der SDF begangene Massaker und Totenschändung machten die Runde und stachelten die arabische Bevölkerung gegen die kurdische auf“, lautet das Fazit ihrer durchgeführten Social-Media-Analyse. Die auf diese Weise angeheizte Stimmung schuf ein für die Übergangsregierung vorteilhaftes Szenario. „Auch von kurdischer Seite wurde Hass und Hetze gegenüber der arabischen Bevölkerung betrieben, doch das passierte weder koordiniert noch kollektiv. Leider hat es keine von allen Seiten anerkannte dritte Quelle gegeben, die Falschmeldungen hätte widerlegen können“, führt ein RDI-Mitarbeiter im mit Radiatoren beheizten Büro in Qamişlo weiter aus und schlussfolgert:

„Es gibt eine klare Medienstrategie der HTS und diese wird sich auch in Zukunft auf den Versöhnungsprozess niederschlagen.“ Wie es mit diesem weitergehen kann, weiß auch das Team nicht. Aktuell stehen sie vor einem Scherbenhaufen. Über Jahre haben sie an mehreren Orten im Land über alle ethnischen und religiösen Linien hinweg Workshops für die gemeinsame Aussprache und der gegenseitigen Anerkennung abgehalten. Im vergangenen September nahmen wir an einer solchen Zusammenkunft in Raqqa teil. Schon damals war die Verbreitung von Hassrede über die sozialen Netzwerke ein großes Thema, auch arabische Stammesvertreter betonten die Gefahr, die von Social Media ausgehe: Hate Speech sei überall. Heute klin-



Im Newroz Camp bei Dêrik stehen die Flüchtlingszelte im Matsch. Tausende harren hier mit ungewisser Perspektive aus.

gen die mahnenden Sätze von damals wie eine böse Vorahnung.

Die Not eskaliert

Vor der entfesselten Gewalt der HTS, islamistischen Milizen und IS-Einheiten sind mindestens 100.000 Menschen in die Kerngebiete der Selbstverwaltung geflohen. Gegenwärtig herrscht dort ein bitterkalter, regenreicher Winter, der keinen Halt an den Türen der behelfsmäßig eingerichteten Notunterkünfte macht. Die intern Vertriebenen drängen sich in Schulen, Moscheen und leerstehende Gebäude in Qamişlo, Dêrik oder Amude. Verifizierte Zahlen sind kaum zu bekommen. Eine Mitarbeiterin des Kurdischen Roten Halbmonds zeigt uns eine Liste: Allein in Qamişlo gibt es 130 Notunterkünfte für inzwischen knapp 50.000 Menschen, die in den Januarwochen angekommen sind. Wir besuchen mehrere dieser Unterkünfte. Die Einsatzteams vom KRH organisieren die Nothilfe, während RDI Aussagen der Geflüchteten aufnimmt und begangene Verbrechen dokumentiert. Die Bedingungen der Unterbringung und die Geschichten der Menschen wiederholen sich. Überall begegnen wir müden Gesichtern, erschöpften Körpern, verzweifelte Herzen. Die Fensterscheiben der Unterkünfte sind zerbrochen, bittere Kälte hat sich in alle Ecken ausgebreitet. Kochmöglichkeiten fehlen, von hygienischen Standards ganz zu schweigen.

Die jahrelangen türkischen Drohnenangriffe haben das städtische Stromnetz zerstört. Dank neben Gebäuden installierten Dieselgeneratoren können Wasserpumpen zwar für kurze Momente angestellt werden. Doch zusammen mit den Ölföhen verpesten sie die Luft. Lungenkrankheiten und chronische Kopfschmerzen sind die Folge. Anfangs waren es vor allem privat organisierte Hilfsinitiativen aus den Nachbarschaften, die die Menschen versorgten. Die Bevölke-

rung Qamişlos spendete warme Mahlzeiten und Kleidung. Inzwischen ist professionelle Hilfe angelaufen, über 200 Lkw-Lieferungen aus dem kurdischen Nordirak sind angekommen, der KRH arbeitet rund um die Uhr. Dennoch reicht es nicht aus. Weitere internationale Hilfe, gar seitens der Vereinten Nationen? Weitestgehend Fehlanzeige. Nur ins belagerte Kobane schickte die UN zwei Konvois mit je 25 Lkw – angesichts der über 200.000 Menschen dort eher eine symbolische Geste.

Vertrieben, schon wieder

In einer privaten Notunterkunft sprechen wir mit einer geflohenen Familie, trinken Instantkaffee, wärmen uns am Ölofen. „Warum müssen wir Kurd:innen aus Afrin nur so leiden?“, klagt der Mann. In einer Ecke auf einer Matratze sitzt seine Frau, ihr linker Arm ist verbunden. Auf der Flucht wurde sie angeschossen, als sie auf der Ladefläche eines Pick-ups kauerten. In Hasakeh brachten sie seinen Vater in das örtliche Krankenhaus. Eine Kugel traf seine Niere. Er starb. Und weil die dortige Leichenhalle bereits überfüllt war, nahmen sie ihn mit bis nach Qamişlo. Hier hoben sie auf einem Friedhof zwischen Kälte und Schnee stundenlang ein Grab aus. Die Stimme des Mannes verstummt. Ihm gegenüber sitzt seine kleine Tochter. Auf ihrem pinken Pulli steht: „Do you love me?“.

Die Geschichte der Familie ist kein Einzelschicksal. Für viele der Vertriebenen ist es bereits die vierte oder fünfte Flucht innerhalb der letzten acht Jahre. Viele stammen aus Afrin, flohen 2018 nach Shehba oder Sheik Maqsoud, schließlich nach Tabqa, von dort nach Raqqa, Hasakeh, nun nach Qamişlo. Sie teilen ähnliche Gewalterfahrungen, vermissen Angehörige, haben auf der Fluchtroute ein Familienmitglied verloren oder wurden schwer verletzt. Den Versprechen der Machthaber in Damaskus, sie könnten eines

Tages zurückkehren, glaubt hier niemand, zu tief sitzt das Misstrauen gegenüber all jenen, die ihnen Gewalt angetan, ihre Häuser besetzt und ihnen alles genommen haben. Was sie dennoch eint, ist der Wunsch, nach Afrin zurückzukehren, zu ihren Olivenhainen, nach Hause, wo sie ein einfaches, aber gutes Leben führen, die Kinder zur Schule gehen und die kurdische Sprache lernen konnten.

Die Perspektiv- und Hilflosigkeit wird auch im Newroz-Camp in Derik deutlich. Es wurde 2014 mit medico-Unterstützung vom Kurdischen Roten Halbmond für Jesid:innen errichtet, die vor dem Genozid in Shengal fliehen mussten. In dem inzwischen anerkannten UN-Flüchtlingslager kommen seit 2019 auch knapp 5.000 Vertriebene aus der Region Serêkaniyê in Zelten unter. Für zusätzliche Notunterkünfte für die Hunderten von Familien, die in den letzten zwei Wochen aus Sheik Maqsoud oder Tabqa ankamen, gibt es bislang keinen Platz. Weil Geld und Zeit fehlen, harren die Menschen im Schlamm aus. Für die Nothelfer:innen ist die Situation nicht mehr zu bewältigen. Im Gespräch bricht die Ko-Vorsitzende des Camps in Tränen aus: „Wir brauchen Hilfe von außen.“ Die Mitglieder ihres Teams würden seit zwei Wochen durcharbeiten. Seit den Kürzungen der USAID-Gelder müssen sie überall improvisieren. „Was machen eure Regierungen? Warum lassen uns alle im Stich?“, fragt sie verzweifelt. Es ist ein Satz, eine Mischung aus Frage und Anklage, der uns in den kommenden Tagen noch oft entgegengebracht wird.

Hätten israelische, französische und US-amerikanische Regierungsvertreter:innen bei einem Treffen mit der syrischen Interimsregierung am 4. Januar in Paris dieser kein grünes Licht für die geplante Militäroffensive gegeben – die Situation sähe heute sehr anders aus. Die SDF, im Rahmen einer internationalen Allianz jahrelange Partner:innen im Kampf gegen den Islamischen

Staat, wurden fallengelassen just in dem Moment, als Übergangspräsident al-Sharaa anfang, diplomatische Anerkennung zu genießen und sich bereit zeigte, ausländischen Kapitalinteressen den Zugang zu syrischen Ressourcen und Infrastrukturen zu ermöglichen. Der plötzliche Schwenk westlicher Regierungen bewies auch hier, dass die sich wandelnden Eigeninteressen der Staaten deren Strategien bestimmen.

Zweifel am Abkommen

Die neuen globalen wie syrischen Machtkonstellationen und die Gewalt gegen Kurd:innen führten unter Zeitdruck zu einem neuen Abkommen zwischen den SDF und den Machthabern in Damaskus, womit ein Waffenstillstand und territoriale Grenzen beschlossen wurden. Bekanntgemacht wurde die Einigung am Freitagnachmittag des 30. Januar. Jubel hat sie in der Bevölkerung in Qamişlo nicht ausgelöst. Am Wochenende wurden dann immer neue Details bekannt, die wir auf Autofahrten, beim Tee oder in den Büros mit den medico-Partner:innen rauf und runter diskutierten. Unverständnis über eine Einigung mit jenen, die für die Gewalt gegen die eigene Bevölkerung verantwortlich waren, bestimmte zu Beginn die Stimmungslage. Groß und berechtigt ist die Angst vor HTS-Kämpfern, die in Hasakeh und Qamişlo stationiert sein könnten – groß und berechtigt ist auch das Unverständnis vor einem möglichen finalen Schlag gegen das Projekt Rojava, das unzählige Menschen mit viel Entbehrung, Leid aber auch Hingabe jahrelang am Leben gehalten haben.

Die gedämpfte Stimmung ist auch spürbar, als wir am Samstag in Hasakeh auf Evin treffen. Die selbstbewusste Frau hat einst das von medico unterstützte Waisenhaus geleitet und war Vorsitzende der Frauenkommission. Als sich die Frontlinie bis auf wenige Kilometer der Stadt näherte, seien die Straßen wie leergefegt gewe-

sen, erzählt sie. Schreckensnachrichten aus Raqqa hatten sie ereilt, wo HTS-Kämpfer die Namen derjenigen Bewohnerinnen sammelten, die sich für Frauenrechte einsetzten. Selbst das dortige Kulturzentrum mit Musik- und Kunstunterricht, geleitet von einer arabischen Feministin, wurde verwüstet. Die Direktorin erlitt einen Herzinfarkt, als sie Zeugin der Zerstörungslust wurde. „Rojava ist immer ein Projekt, Demokratie neu zu denken. Der Angriff gegen uns war kein Angriff gegen Rojava allein, sondern gegen diese neue Idee der Demokratie“, betont Evin. Im Fernseher, der im Hintergrund läuft, werden Aufnahmen der Großdemonstrationen aus Europa gezeigt.

Neue kurdische Einheit?

Während der Tage der Ungewissheit wuchs die kurdische Einheit stärker zusammen. Prägen in Qamişlo sonst die Fahnen der eignen Selbstverteidigungskräfte von YPG/YPJ oder Öcalan-Porträts das Stadtbild, ist nun am Wegesrand die kurdische Fahne gehisst. Kinder stehen am Straßenrand und rufen Sprüche der kurdischen Einheit. Kämpfer:innen aus anderen Teilen Kurdistans überquerten die Grenze und schlossen sich der Verteidigung Rojavas an. Noch wenige Stunden vor Bekanntgabe des Abkommens fand in Qamişlo ein Begräbnis für einen Gefallenen statt, der aus dem Nordirak kam. Selbst der



Demonstration in Qamişlo, einen Tag bevor die Sicherheitskräfte der syrischen Übergangsregierung in die Stadt einfahren werden.

ansonsten Türkei-nahe Präsident der Autonomen Region Kurdistan im Irak, Masud Barzani, übt sich in Solidaritätsbekundungen mit den kurdischen Brüdern und Schwestern und stellt sich als Fürsprecher hinter SDF und Selbstverwaltung. Er wird sich davon etwas versprochen haben. Und weil die demokratische Idee keine rein kurdische und auch nicht allein die der Selbstverwaltung ist, kam es zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen aus Europa. In Qamişlo trafen wir auf eine Delegationsgruppe aus der Schweiz. Eine Karawane, deren Mitglieder aus mehreren europäischen Ländern kamen, schaffte es bis vor die türkisch-syrische Grenze. Ihre Solidarität mit der Demokratie nahm der türkische Staat zum Anlass, repressiv gegen sie vorzugehen, sie zu inhaftieren und auszuweisen.

Wie geht es jetzt weiter?

Das Abkommen vom 30. Januar sieht die Integration der Selbstverwaltung in den zentralsyrischen Staat vor – ähnlich wie es bereits in einem Abkommen vom 10. März 2025 festgehalten wurde. Dass dessen Umsetzung dauerte, hatte nicht zuletzt mit den Massakern an der drusischen und alewitischen Minderheit zu tun, an denen auch HTS-Einheiten beteiligt waren. Diese Gewalt war auch eine Mahnung an die Selbstverwaltung: Wer seinen Schutz aufgibt, wird zum Opfer. Sie diente als rote Linie bei den jüngsten Verhandlungen. Nun sollen 15.000 kurdische Kämpfer, inklusive Kämpferinnen der Fraueneinheit YPJ, als eigenständige Militärdivision mit drei Einheiten ins syrische Militär eingegliedert werden. Das Gouverneursamt in Hasakeh wird kurdisch besetzt sein, ein Novum in der Geschichte Syriens, die Stadt Kobane wird an das Gouvernement von Aleppo angegliedert, bleibt aber selbstverwaltet. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienhäuser bleiben bestehen, müssen sich jedoch in Damaskus re-

gistrieren und werden syrischem Recht unterstellt. Schulabschlüsse der Schulen und Universitäten unter der Selbstverwaltung werden anerkannt. Auch die Rückkehr aller Vertriebenen nach Afrin, Serêkaniyê und anderswo soll ermöglicht werden. Bisherige Angestellte der Selbstverwaltung werden in den zentralsyrischen Staatsapparat übernommen, auch zivile Institutionen werden eingegliedert. Gleichzeitig gehen jedoch alle Ölfelder an das zentralsyrische Energieministerium, womit das Ende der ökonomischen Unabhängigkeit besiegelt ist. Der Flughafen in Qamişlo sowie die Grenzübergänge in die Türkei und den Nordirak werden von Damaskus und der Selbstverwaltung gemeinsam betreut.

Die Umsetzung des Abkommens ist schon jetzt ein Prüfstein für die weitere Zukunft des Landes. Gelingt die friedliche Integration trotz fehlender Sicherheitsgarantien für die Minderheiten im Land? Ist ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess zukünftig mach-, ja überhaupt denkbar? Trotz aller Niedergeschlagenheit und Verbitterung haben wir in diesen letzten Tagen von Rojava auch den Willen bei den medico-Partnerorganisationen vernommen, weiterzumachen. Doch es ist ein Weitermachen mit angezogener Handbremse, oder wie es einer unserer Gesprächspartner ausdrückte: „Es ist die letzte Möglichkeit für die Übergangsregierung, die syrischen Minderheiten anzuerkennen und mit ihnen Politik zu machen. Sollte das nicht klappen, wird das der Anfang der erneuten Fragmentierung von Syrien sein.“



Anita Starosta und Timo Dorsch machten sich angesichts der einschneidenden Entwicklungen in der Region kurzfristig auf den Weg und verbrachten gemeinsam mit den medico-Partner:innen die letzten Tage im freien Rojava. Timo Dorsch begleitete diese Reise auch mit der Kamera.



Über zwölf Jahre begleitete medico das Projekt der demokratischen Selbstverwaltung in Nordostsyrien. Ob Nothilfe für Vertriebene, Frauenrechte oder Menschenrechtsarbeit – es sind langjährige Kooperationen, die medico mit den Menschen in der Region verbindet. Auch wenn die Zukunft ungewiss ist: Wir stehen weiter mit Ihrer Unterstützung an der Seite unserer Partner:innen – ob mit direkter Hilfe für die Vertriebenen in Notunterkünften, bei der Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen oder der Öffentlichkeitsarbeit hierzulande.

Spendenstichwort: Rojava

Nach der S Power

Foto: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Carlos Avila Gonzalez

Levi's STADIUM
**THE ONLY THING MORE
POWERFUL THAN HATE IS LOVE**

Amerika, das ist viel mehr als die USA: Die Halbzeitshow des puerto-ricanischen Sängers Bad Bunny während des Super-Bowl-Finales war ein Lichtblick.

oft

Der Niedergang westlicher Hegemonie wird begleitet von einer aggressiven Machtpolitik der USA, die sich unverblüht zu ihren Zielen bekennt. Eindrücke aus Lateinamerika, dem Iran und der globalen Gesundheit

Zurück in die Zukunft

Der US-Angriff auf Venezuela weckt in Lateinamerika Erinnerungen an eine längst vergangen geglaubte Epoche

Von Timo Dorsch und Moritz Krawinkel

In Venezuela arbeitet medico schon seit 2019 nicht mehr. Ein Projekt mit dem Kooperativenverband Cecosesola, der seinen Mitgliedern unter anderem günstige Lebensmittel und Gesundheitsversorgung ermöglicht, endete schon nach einer Testphase. Die Improvisation, die den cooperativistas im post-chavistischen Alltag abverlangt wurde, war schlicht inkompatibel mit der in Deutschland nötigen Dokumentation verwendeter Spendengelder. Was blieb, waren gegenseitige Wertschätzung und der Austausch über die Lage in Venezuela. Trotz dieses Informationsflusses kamen der Angriff auf die Souveränität Venezuelas und die Entführung von Präsident Nicolás Maduro und seiner Ehefrau Cilia Flores Anfang Januar überraschend. Die Militäraktion erscheint wie eine Neuauflage der US-amerikanischen Interventionspolitik des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Doch trotz einer ähnlichen Vorgehensweise erfolgte der Coup gegen Venezuela unter anderen weltpolitischen Vorzeichen.

tete, kann rückblickend als aggressive Ouvertüre verstanden werden. Dabei ist die Charta der Vereinten Nationen eindeutig: Sie verbietet solche Handlungen ebenso wie Angriffskriege. Artikel 2 hält das Gewaltverbot gegen die territoriale Souveränität anderer Staaten fest, Artikel 51 erlaubt die Selbstverteidigung ausschließlich im Falle eines „bewaffneten Angriffs“ unter Einbeziehung des UN-Sicherheitsrates. Um den Gebrauch militärischer Mittel bzw. des Überfalls zu legitimieren, bediente sich die Trump-Administration einer Anklage gegen Maduro vor einem US-Gericht im März 2020 wegen internationalen Drogenhandels und „Narco-Terrorismus“, wobei unklar bleibt, was unter Letzterem juristisch gefasst werden kann. Zumal die Gleichsetzung von Drogenhandel mit Terrorismus eher eine populistische Rhetorik denn eine juristische Kategorie ist. War on Terror meets War on Drugs: Mehr Schlagworte geht nicht.

Möglich war der Überfall dank umfänglicher US-Truppenbewegungen im karibischen Meer. Dass die US-Marine in den vergangenen Monaten über einhundert Menschen in den Gewässern vor Venezuelas Küste außergerichtlich tö-

Gegen China

Wie willkürlich die US-Regierung ihren War on Drugs tatsächlich handhabt, zeigte sich einmal mehr Anfang Dezember 2025: Donald Trump be-

gnadigte den ehemaligen Präsidenten von Honduras Juan Orlando Hernández, der im Sommer 2024 von einem New Yorker Gericht wegen Drogenhandels zu 45 Jahren Haft verurteilt worden war. Der vergleichsweise geringe Kokainschmuggel aus Venezuela wiederum geht primär Richtung Europa. Das Kokain für den US-Markt stammt hingegen zu weit größeren Teilen aus Ecuador, gegen dessen Trump-freundlichen Präsidenten die USA bislang keine Militäroffensive unternehmen. Fentanyl wiederum, das für ein Gros der Drogentoten in den USA verantwortlich ist, stammt vor allem aus Mexiko.

Dennoch: Die Rechtfertigung, in das Hoheitsgebiet souveräner Staaten einzufallen, verschafft sich die US-Regierung durch die Formulierung eines „legitimen nationalen Sicherheitsbedürfnisses“ inmitten eines vermeintlichen Umfeldes kontinentaler Unsicherheit, wie die Trump-Administration erst kürzlich in der neu aufgelegten US-Sicherheitsstrategie bekräftigte. In dem Dokument wird unmittelbar Bezug auf die Monroe-Doktrin aus dem 19. Jahrhundert genommen, nach der es sich die USA vorbehalten, gegen „ausländische Mächte“ in der westlichen Hemisphäre vorzugehen. Das ist ein klares Signal an China, das nicht nur enge Wirtschaftsbeziehungen zu Venezuela unterhält und Hauptabnehmer des venezolanischen Erdöls ist, sondern im Zuge seiner Politik der „Neuen Seidenstraße“ in den vergangenen Jahren zu vielen lateinamerikanischen Ländern enge wirtschaftliche Beziehungen aufgebaut hat.

So ist auch der Angriff auf Venezuela Teil eines Kontinuums von Attacken auf die Souveränität lateinamerikanischer Länder mit dem Ziel, eigene Interessen durchzusetzen. Trump beeinflusste Wahlkämpfe in Honduras und Argentinien zugunsten rechter Politiker und erließ Sanktionen gegen einen brasilianischen Bundesrichter wegen der Verurteilung von Ex-Präsident Jair Bolsonaro. Hinzu kommen Drohnen



Lateinamerika zwischen Gewalt, Autoritarismus und Kämpfen für das Leben: In einer neuen Broschüre stellen wir die medico-Themen und -Kooperationen in der Region dar. Mit Reportagen, Hintergrund und Projektbeispielen.

Jetzt kostenlos bestellen unter:
medico.de/lateinamerika

des US-Militärs über Mexiko und unverhohlene Interventionsdrohungen gegen die Drogenkartelle und eine insgesamt aggressive Zollpolitik gegen lateinamerikanische Staaten. Die zunehmende Aggressivität der US-Politik dient also nicht zuletzt dem Ziel, den großen Einfluss Chinas in Lateinamerika zurückzudrängen.

Souveränität oder Unterwerfung

In Venezuela gilt das US-Interesse vor allem dem Zugriff auf die weltweit größten Erdölreser-

ven. Ein Staats- und Kapitalinteresse an den Ressourcen anderer Länder wurde selten so ungeschminkt verkündet wie in den Tagen nach dem Angriff. Offen drohte die US-Regierung der venezolanischen Interimspräsidentin Delcy Rodríguez mit weiteren Militärangriffen, sollte sie den US-Interessen im Weg stehen. Neu ist die Erkenntnis, dass die USA die Chávez-Anhängerin im Amt tolerieren. Dieser Pragmatismus hat in der lateinamerikanischen Rechten, vor allem der venezolanischen, deutliches Missfallen ausgelöst. Hatte doch die rechte Oppositionelle María Corina Machado zuletzt ihren jüngst erhaltenen Friedensnobelpreis Donald Trump vermacht, um sich seiner Gunst zu versichern und ihre Unterwerfung zu demonstrieren. Doch so ideologisch wie von ihr erhofft ist Trumps Außenpolitik nicht – im Zweifelsfall obsiegt, wer

den besten Deal verspricht. Das erlebte zuletzt auch Kolumbiens Präsident Gustavo Petro, den Trump noch vor kurzem als „Anführer einer illegalen Drogenbande“ bezeichnet und auf die US-Sanktionsliste gesetzt hatte. Petro wiederum hatte die Entführung von Maduro deutlich kritisiert. Nach einem Gespräch im Weißen Haus, bei dem Petro seine Unterstützung im Kampf gegen die Drogenkartelle zusicherte, waren die Töne dann plötzlich versöhnlich: „Wir haben uns sehr gut verstanden“, sagte Trump. Und das sogenannte progressive Lateinamerika atmte weitestgehend auf.

Nicht jedoch Kuba, das seit Jahrzehnten einer völkerrechtswidrigen US-Blockade unterliegt und sich in den letzten Jahren nur dank Erdölimporten aus Venezuela über Wasser halten



Foto: REUTERS/Leonardo Fernandez Vilota

Nachdem Interimspräsidentin Delcy Rodríguez eine Amnestie angekündigt hat, hoffen Angehörige von Gefangenen vor dieser Polizeistation in Caracas auf deren Freilassung.

konnte. Die Lieferungen wurden nach Maduros Entführung eingestellt und die ohnehin prekäre Lage auf der Insel hat sich seitdem noch einmal drastisch verschärft. Treibstoff ist rationiert und wird vorrangig für das Gesundheitswesen und die Produktion von Strom und Lebensmitteln eingesetzt. Ein militärisches Eingreifen, das von vielen befürchtet wurde, scheint obsolet, wenn der soziale Druck im Land immer größer wird. Einspringen könnte Mexiko, doch Trump droht allen Staaten, die die US-Blockade brechen. In Mexiko, das wirtschaftlich so eng mit den USA verbunden ist wie kein anderes lateinamerikanisches Land, hätten Sanktionen verheerende Folgen. Deshalb ist die mexikanische Präsidentin Sheinbaum sehr zurückhaltend und verspricht zwar humanitäre Hilfe, aber kein Öl.

Während die lateinamerikanische Rechte also bereit ist, sich in die Rolle von Vasallen der USA zu fügen und ihre Nähe zu Trump regelrecht zelebriert, ist die Situation für die sozialen Bewegungen und die letzten progressiven Regierungen Lateinamerikas kompliziert. Es fehlen gemeinsame strategische und politische Perspektiven; die Zeiten einer lateinamerikanischen Integration unter linken Vorzeichen, wie sie Hugo Chávez und Lula da Silva Anfang der 2000er-Jahre vorangetrieben hatten, sind längst vorbei. Brasilien reagiert darauf mit einer verstärkten Hinwendung zu den anderen BRICS-Staaten und der EU – ein Versuch, Unabhängigkeit zu wahren. Würde eine rechte Regierung diesen Weg fortsetzen? Unwahrscheinlich. So werden die noch dieses Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen in Kolumbien und Brasilien den weiteren Weg bestimmen.

Europäische Anbiederung

Während die Regierungen Mexikos, Brasiliens und Kolumbiens sich nach der Maduro-Entführung zumindest als Verfechter einer regel-

sierten Weltordnung positionierten – indes handlungsunfähig aufgrund des eigenen begrenzten Einflusses auf dem internationalen Parkett –, bewiesen europäische Amtsträger:innen das Gegenteil. Natürlich gibt es an den politischen Fehlern, der Korruption und Gewalt des Maduro-Regimes nichts zu relativieren. Angreifbar sind Transformationsprojekte wie das chavistische nicht nur durch äußere Bedrohungen, sondern auch von innen. Dennoch sollte eine Verurteilung, und besser noch: Sanktionierung des US-Angriffs, selbstverständlich sein. Doch wie bei der Unterstützung des Genozids in Gaza wollten Europas Regierungen von einer „wertegeleiteten Außenpolitik“ nichts mehr wissen, wenn es verbündete Staaten sind, die unverhohlenen internationales Recht brechen. Echte Verurteilungen konnte man aus London, Paris, Rom oder Berlin nicht hören. Im Gegenteil: Keir Starmer, Emmanuel Macron, Georgia Meloni und auch Friedrich Merz verdeutlichen in ihren Reaktionen auf den Angriff einmal mehr, dass sie im Zweifel der offensichtlich völkerrechtswidrigen Politik der USA beiseitestehen. Damit tragen sie dazu bei, dass Institutionen des Völkerrechts weiter an Bedeutung verlieren.

Dominanz statt Dialog, Interessen statt Werte und eine immer stärkere Freund-Feind-Logik. Wir treten ein in eine Zeit der Vereindeutigung. Zwischentöne und -räume werden zunichte gemacht – mit noch nicht absehbaren negativen Konsequenzen für eine Politik, die für die Gleichheit aller und ein Leben in Würde steht; so wie medico und unsere früheren Partner:innen von Cecosesola.



Timo Dorsch (links im Bild) und Moritz Krawinkel sind in der medico-Öffentlichkeitsarbeit für Süd- bzw. Zentralamerika und Mexiko zuständig.

Im freien Fall

Die Wahl von José Antonio Kast zum Präsidenten Chiles stärkt die globale Rechte

Von Pierina Ferretti

Noch vor wenigen Jahren war es undenkbar. Der Aufstand demokratischer und progressiver Kräfte im Oktober 2019 und mehrere Wahlsiege der Linken weckten Hoffnung auf ein Ende der von der Militärdiktatur geerbten Verfassung und damit eines der tiefgreifendsten neoliberalen Experimente der Welt. Niemand hätte sich vorstellen können, dass schon bald der wichtigste Führer der chilenischen extremen Rechten zum Präsidenten der Republik gewählt werden würde. Doch genau das ist geschehen. Bei der Stichwahl am 14. Dezember 2025 setzte sich José Antonio Kast mit überwältigender Mehrheit gegen die Kommunistin Jeannette Jara durch. Er gewann in allen Regionen des Landes und in 90 Prozent der Gemeinden und erzielte damit das beste Ergebnis der Rechten in der Geschichte Chiles.

Der Geist von Pinochet

Auf den Punkt gebracht: Der neue Präsident Chiles ist ein Vertreter der globalen Ultrarechten und eines reinen und harten Pinochetismus. Bis vor wenigen Jahren bekundete er jedes Jahr am 11. September öffentlich seine Anerkennung für den Staatsstreich, bei dem 1973 Präsident Salvador Allende gestürzt und das Land einer Diktatur unterworfen wurde. Kast zeigte sich wiederholt bereit, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verur-

teilten Militärs zu begnadigen. Sein Vater Michael Kast, der 1950 aus Deutschland nach Chile kam, war Mitglied der NSDAP, hatte im Zweiten Weltkrieg für die Wehrmacht gekämpft und war schließlich im Rahmen einer Mission des Roten Kreuzes nach Argentinien und dann nach Chile ausgewandert.

Während seiner früheren parlamentarischen Tätigkeit zeichnete sich Kast durch seine aktive Ablehnung von Notfallverhütung, Abtreibung, Scheidung, dem Gesetz zur Geschlechtsidentität, der gleichgeschlechtlichen Ehe und generell allen Fortschritten im Bereich der sexuellen Rechte aus. Nach erfolglosen Versuchen, den Vorsitz der rechtskonservativen UDI zu übernehmen, gründete er 2016 seine eigene Partei Partido Republicano, um seine radikal konservative Agenda voranzutreiben. Zwar scheiterte seine Präsidentschaftskandidatur 2017 kläglich. Doch seitdem arbeitete Kast daran, sich für das Amt in Stellung zu bringen: Er stärkte seine Partei, mischte sich ständig in die öffentliche Debatte ein und knüpfte enge Beziehungen zur globalen extremen Rechten. Mehrere Jahre lang war er Vorsitzender des Political Network for Values, einer der wichtigsten Organisationen der internationalen konservativen Rechten.

2021 sorgte er für eine erste große Überraschung. In einem Land, das noch immer von

sozialen Unruhen erschüttert war und dessen Verfassungskonvent nur wenige Monate zuvor von der Linken dominiert wurde, gewann er die erste Runde der Präsidentschaftswahlen. Im Rahmen dieser Kampagne wurden Kasts Verbindungen zum chilenisch-deutschen Unternehmer Sven von Storch bekannt, der als Vermittler zwischen Kast und dem ehemaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro fungierte, der heute wegen eines Putschversuchs in Haft ist. Von Storch ist außerdem Ehemann der AfD-Politikerin Beatrix von Storch. Kasts Niederlage gegen Gabriel Boric in der Stichwahl 2021 hielt ihn nicht auf. Ab März 2022 wurde er zu einem der wichtigsten Gegner der Regierung, ihrer Reformen und des Verfassungsprozesses.

Bukele, Milei, AfD

Kast nutzte die Rolle in der Opposition und die Probleme, mit denen die Regierung von Präsident Boric konfrontiert war: die sozioökonomischen Folgen der Pandemie, der Inflationsanstieg infolge des russischen Einmarsches in der Ukraine, zwei gescheiterte Verfassungsprozesse, Migrationsbewegungen, die die institutionellen Kapazitäten überforderten. Zudem schürte eine Veränderung der Kriminalitätsmuster mit einer Zunahme von Tötungsdelikten und Praktiken des organisierten Verbrechens wie Entführungen, Auftragsmorde, Folter und Enthauptungen Ängste in der Bevölkerung und stärkte die Ablehnung der Regierung. Angelehnt an das Regime von Nayib Bukele in El Salvador versprach Kast eine harte Linie gegenüber der Kriminalität – und eine aggressive Agenda von Massenausweisungen. Seine pinochetistische Vergangenheit geschickt verbergend, konzentrierte er sich ganz auf die Themen Sicherheit und Migration.

Schließlich wurde er Ende 2025 mit 58 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Dank

der breiten Unterstützung wird seine Regierung vieles von dem durchsetzen können, was sie sich vorgenommen hat. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sie Steuersenkungen für Großunternehmen, einen Abbau des Staates und eine Deregulierung im Umweltbereich angekündigt. Vorbild dürfte die Kettensägen-Politik von Javier Milei sein, die in Argentinien zu einer umfassenden Zerstörung des sozialen Gefüges geführt hat. Und auch der Umgang mit der chilenischen Vergangenheit ändert sich radikal: So hat Kast zwei frühere Anwälte des Diktators Pinochet in sein Kabinett berufen.

Die Kehrseite des Sieges von Kast ist die schwere Niederlage der Linken. Am besorgniserregendsten ist, dass auch die unteren und mittleren sozialen Schichten den Kandidaten der extremen Rechten unterstützt haben. Dies erfordert eine weitreichende Reflexion. Auch wenn Fehler und Grenzen der Regierung Boric offenkundig sind: Die Schwächung der Verbindung zwischen der Linken und der sozialen Basis der Gesellschaft schreitet seit Längerem voran. Will die Linke wieder eine mehrheitsfähig politische Alternative sein, muss sie diese umkehren. In den nächsten Jahren muss sie sowohl starke Opposition sein – indem sie Rückschritte bei sozialen Rechten, Freiheiten und Menschenrechten verhindert – als auch ein neues politisches Projekt formulieren. Gelingt es ihr nicht, die Sehnsüchte nach einem besseren Leben, die im chilenischen Volk weiterhin lebendig sind, aufzugreifen, könnte der Sieg der extremen Rechten der Auftakt eines Zyklus sein.



Pierina Ferretti ist eine chilenische Soziologin und Mitglied der von medico geförderten Stiftung „Nodo XXI“, ein Forum für eine antineoliberale, feministische und demokratische Linke.

MAGA meets Gesundheit

Nach dem Austritt aus der WHO betreiben die USA auf dem afrikanischen Kontinent Gesundheitspolitik eigener Art

Von Felix Litschauer

Wenn sich dieser Tage der Beginn der Corona-Pandemie zum sechsten Mal jährt, erinnern sich viele Menschen im südlichen Afrika schmerzhaft daran, dass im Krisenfall auch für Staaten gilt: Jeder ist sich selbst der Nächste. Südafrikanische Labors hatten damals die neuartige Omikron-Variante erstmals sequenziert und die Daten dem Rest der Welt zugänglich gemacht. Die Folge: Flugverbote von und nach Südafrika mit immensen wirtschaftlichen Folgen. Von den schnell an Omikron angepassten Impfstoffen wiederum sah die südafrikanische Bevölkerung lange nichts, EU und USA hatten sich den Zugriff auf die Dosen gesichert. Gleichzeitig weigerten sich die Pharmaunternehmen, die Technologie zur Entwicklung der Impfstoffe mit südafrikanischen Entwicklern zu teilen. Der damit verbundene Vertrauensverlust resultierte in einer klaren Haltung vieler Länder des globalen Südens: Niemals wieder werden wir die Kontrolle über unsere Gesundheitsdaten ohne Gegenleistung weitergeben.

Diese Position der Datensouveränität wird von der Gruppe der afrikanischen Länder bei den laufenden Verhandlungen des Pandemievertrages vehement verteidigt. Dieser hat zum Ziel, die Welt besser auf künftige Pandemien vorzubereiten und einen gleichwertigen Zugang zu pandemie-relevanten Produkten wie Impfstoffen zu gewährleisten. Stand jetzt wollen sich alle WHO-

Mitgliedsländer mit Ausnahme der USA dazu verpflichten. Doch während die Verhandlungen über multilaterale Regelungen laufen, werden sie unterminiert: In den vergangenen Wochen haben 16 afrikanische Staaten bilaterale Gesundheitsabkommen mit den USA unterschrieben, die in direktem Widerspruch zum Anspruch eines unabhängigen Gesundheitssektors stehen. Um zu verstehen, was da im Gange ist, muss man einen Schritt zurückgehen.

Finanzlücken und Abhängigkeiten

Mit dem erneuten Erlass Trumps im vergangenen Jahr, den Ausstieg aus der Weltgesundheitsorganisation einzuleiten, verlor diese auf einen Schlag ihren größten Geldgeber. Mit der Abwicklung der US-Entwicklungshilfeorganisation USAID sowie von PEPFAR, dem Programm zur Finanzierung der weltweiten Bekämpfung von HIV/AIDS, zerstörte Elon Musk mithilfe von DOGE jahrelang etablierte Präventions- und Versorgungsstrukturen. Besonders betroffen davon waren viele Staaten Subsahara-Afrikas. Denn dort hatten die USA mithilfe von NGOs und privaten Firmen umfassende Gesundheitsprogramme finanziert und damit den Haushalt der Gesundheitsministerien de facto massiv subventioniert. Länder wie Malawi, Süd-Sudan oder Somalia waren plötzlich mit Finanzierungslü-



Das Nyumbani Children's Home in Kenias Hauptstadt Nairobi versorgt HIV-positive Kinder, deren Eltern an AIDS gestorben sind, mit anti-retroviralen Medikamenten. Bei regelmäßiger Einnahme verhindern sie effektiv, dass die Krankheit ausbricht.

cken konfrontiert, die teilweise das gesamte Gesundheitsbudget überstiegen. In Kenia war jede:r fünfte Gesundheitsarbeiter:in ohne – bisher über USAID-Gelder finanzierten – Lohn. Anstatt in die Bresche zu springen, kürzten viele europäische Länder ihre Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, sodass die entwicklungspolitische Finanzierung von Gesundheitsprogrammen weltweit 2025 im Vergleich zum Vorjahr um fast die Hälfte zurückging.

Im August 2025 fand in Accra, Ghana, der „Health Sovereignty Summit“ statt. Geplant wurde er bereits, als der Rückzug der USA aus der Ge-

sundheitsfinanzierung noch nicht abzusehen war – und im Bewusstsein einer Abhängigkeit, die es zu überwinden gilt. Afrikanische Staatsoberhäupter riefen eine neue Zeit aus für „Gesundheit ohne Hilfe“ und verpflichteten sich zur Mobilisierung inländischer Ressourcen und Investitionen in regionale Herstellung von Arzneimitteln, Impfstoffen und anderer Gesundheitsprodukte. Einige Regierungen handelten schnell, um wichtige Versorgungsstrukturen wie die Ausgabe von Präexpositionsprophylaxe zur Prävention von HIV zu sichern oder die Gehälter von ehemals USAID finanzierten Gemeindegesundheitsarbeiter:innen zu zahlen.

Nigeria stellte zusätzliche 200 Millionen Dollar im Haushalt bereit, um die Lücke zu schließen. Die ghanaische Regierung strich die Obergrenze für den Anteil der Krankenversicherung am Gesundheitsbudget. Das äthiopische Parlament verdoppelte den Haushalt des Gesundheitsministeriums. Doch viele der betroffenen Länder sind bereits so hoch verschuldet, dass sie die Kosten ohne externe Geldgeber langfristig nicht stemmen können.

Deals, Deals, Deals

Das Handeln der Trump-Regierung ist jedoch kein impulsiver Rückzug aus der globalen Gesundheitspolitik zur Befriedung der MAGA-Basis. Mit der im September veröffentlichten „America First Global Health Strategy“ wurde daraus ein kalkulierter Schritt als Teil einer weitläufigen ehrgeizigeren Machtpolitik. Die Strategie ist geprägt von einer Verengung der globalen Gesundheit auf ihren Sicherheitsaspekt: Es geht um den Schutz der USA vor externen Bedrohungen in Form von Krankheiten. Überwachung, Meldung von Ausbrüchen und der Aufbau von Lieferketten werden priorisiert. Darüber hinaus soll die internationale US-Gesundheitspolitik „ein günstiges Umfeld für amerikanische Unternehmen schaffen, damit diese ihre innovativen Gesundheitsprodukte und -dienstleistungen weltweit einsetzen können“. Diese Neuausrichtung soll durch bilaterale Abkommen mit Dutzenden Ländern umgesetzt werden, zu den ersten Unterzeichnern gehören die Regierungen von Kenia, Uganda, Nigeria und weiterer afrikanischer Staaten.

Kern der Abkommen ist die Zusage, die Gesundheitssysteme der Partnerländer weiterhin zu finanzieren, allerdings nicht mehr mittelbar über durchführende Organisationen, sondern direkt von Staat zu Staat. Dafür verpflichten sich die Länder, US-Firmen bei der Erschließung neuer

Märkte im Gesundheitssektor zu unterstützen. Und die Länder sichern den USA die Weitergabe von Gesundheitsdaten und Proben von Pathogenen zu. Das ist enorm brisant: Gesundheitsdaten sind die Seltenen Erden des Datenmarktes. Ohne Genome von Erregern keine neuen Medikamente. Ohne die Übermittlung von Informationen zu Krankheitsausbrüchen keine Vorhersagen über den Verlauf von Epidemien. Mit Gesundheitsdaten angereicherte Bevölkerungsanalysen können Aufschluss über die Anfälligkeit für Krankheiten und die Wahrscheinlichkeit für Ausbrüche in ganzen Gesellschaften geben. Die Daten dienen dazu, die Versorgung mit Arzneimitteln zu gestalten und demografische und biologische Trends vorherzusagen. Was passiert aber, wenn die an US-Firmen übermittelten Daten missbraucht werden? Wenn sie nicht nur zur Unterstützung der Gesundheitsversorgung in den Partnerländern, sondern auch als Instrument eines autoritären Systems genutzt werden? Gesundheitsdaten sind besonders intim und können individuelle Merkmale sehr genau offenlegen. Sie können für Diskriminierung, Überwachung oder Zwang genutzt werden.

Die USA haben schon in der Vergangenheit den Hebel der Gesundheitsfinanzierung genutzt, um ihre innenpolitischen Kulturkriege zu exportieren. Zwar ist die Trump-Administration damit politisch auf einer Linie mit Ländern wie Uganda, wo gleichgeschlechtliche Handlungen mit der Todesstrafe geahndet werden. Doch die „Global Gag Rule“ – eine US-amerikanische Verordnung, die ausländischen NGOs untersagt, US-Entwicklungshilfe zu erhalten, wenn sie mit eigenen Mitteln Abtreibungen durchführen, dafür werben oder darüber informieren – hat Partnerländer wiederholt dazu gezwungen, zwischen US-Geldern und der reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen zu entscheiden. Mit der nun von der Trump-Administration beschlossenen Verschärfung sollen

auch sexuelle Minderheiten aus der Gesundheitsversorgung mit US-Geldern ausgeschlossen werden. Mit den bilateralen Abkommen besteht die Gefahr, dass die USA ein System schaffen, in dem Daten in eine Richtung fließen und Ideologie in die andere. Michel Foucault hätte das wohl als biopolitische Dys-topie bezeichnet.

Gegenwind

Diese Befürchtung teilen die Aktivist:innen des People's Health Movement Kenya, einer lang-jährigen medico-Partnerorganisation. „Die Vereinbarung zum Datenaustausch enthält keine Datenschutzgarantien und wirft ernsthafte Sicherheitsbedenken auf. Durch den direkten Zugriff auf nationale Datenbanken, die möglicherweise personenbezogene Daten enthalten, werden sensible Informationen einem potenziellen Risiko für Missbrauch ausgesetzt“, schreiben sie gemeinsam mit 60 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Brandbrief an Regierungen der Afrikanischen Union. Und der Brief zeigt Wirkung. Am 19. Dezember 2025 hat der Oberste Gerichtshof von Kenia eine einstweilige Verfügung erlassen, der die Umsetzung des Abkommens aus Datenschutzgründen untersagt. In Sambia denken Aktivist:innen ebenfalls darüber nach, das Abkommen juristisch anzufechten. Doch zivilgesellschaftlicher Widerstand ist schwierig. Die wenigsten Abkommen sind überhaupt öffentlich zugänglich, als „Memorandum of Understanding“ zwischen Regierungen bleiben die Parlamente außen vor – ganz zu schweigen von armen oder ländlichen Bevölkerungsgruppen sowie sexuellen Minderheiten. „Dieselben Communities, die von Risiken im Zusammenhang mit Gesundheitsdaten betroffen sind, leiden unter Hunger und schuldenbedingten Kürzungen im Sozialbereich“, sagt Dan Owalla vom PHM Kenya.

Dabei haben die afrikanischen Staaten eine sehr genaue Vorstellung davon, wie ein Datentransfer aussehen könnte, der nicht ausbeuterisch ist. Sie haben diese in den Verhandlungen des PABS-Annex zum Pandemievertrag dargelegt, der den Austausch von Pathogendaten und den Zugang zu damit entwickelten medizinischen Produkten regeln soll. Gemeinsam mit insgesamt 80 Ländern, die drei Viertel der Weltbevölkerung repräsentieren, fordern sie nachdrücklich rechtliche Verträge: Verträge, die öffentlich einsehbar die Bedingungen für die Nutzung von Gesundheitsinformationen festlegen. Die Abkommen mit der US-Regierung enthalten nichts dergleichen. Für die Verhandlungsposition gegenüber der Europäischen Union verheißt das nichts Gutes. Denn diese spricht sich genau wie die USA zum Wohle ihrer Pharmaindustrie gegen jegliche Verpflichtungen zur Weitergabe von Impfstoffen oder Technologie zu deren regionaler Entwicklung aus. Das Rennen um die Impfstoffe der nächsten Pandemie ist damit schon vorbei, bevor diese überhaupt begonnen hat.



Felix Litschauer ist Referent für globale Gesundheit. In dieser Funktion beobachtet er die laufenden Verhandlungen zum Pandemievertrag.

Mit unseren Partnerinnen und Partnern kämpfen wir für das Recht auf gesunde Lebensverhältnisse – überall.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Abge- schlach- tet



Foto: picture alliance / ZUMA PRESS.com | Charles Weidmark Wilson

Auch in Salt Lake City gedenken exilierte Iraner:innen der getöteten Protestierenden.

Das iranische Regime hat die Protestbewegung in Blut ertränkt. Stimmen aus einem Land im Schockzustand

Von Gilda Sahebi

Gewalt ist für Menschen, die in der Islamischen Republik Iran leben, nicht neu. Sie ist der DNA des autoritären Staates eingeschrieben, wird ausgeübt auf den Straßen, in den Haftanstalten, an den Universitäten. Und das seit Jahrzehnten. Trotzdem hat die Gewalt der vergangenen Wochen das Land radikal verändert. „Wir alle glaubten, dass alles eine Grenze habe: Das Töten habe eine Grenze, Gewalt habe eine Grenze, die Misshandlungen hätten eine Grenze, die Verhaftungen hätten eine Grenze“, schreibt Nasrin Mohammadi* in einer Textnachricht. „Aber nun haben wir gesehen, dass nichts davon eine Grenze hat.“ Die 19-jährige Studentin lebt in Mashad und beteiligte sich dort Anfang Januar an den Anti-Regime-Protesten.

Die größten Proteste fanden vom 8. bis 10. Januar statt; am Donnerstag, dem 8. Januar, verhängte das Regime eine landesweite Internet Sperre. Auch Nasrin Mohammadi war mit ihren Freunden in Mashad auf der Straße. Ihre ganze Nachbarschaft sei bei den Protesten dabei gewesen, erzählt sie. Sogar am Freitag und Samstag seien die Straßen voll gewesen, obwohl das Regime mit Maschinengewehren auf die Menschen schießen ließ. „Als ich die Menge sah, die in der Vakibalad-Straße in Mashad war, fühlte es sich an, als sei das das Ende der Islamischen Republik“, erinnert sich Mohammadi.

Auch auf sie und ihre Freunde wurde geschossen, aber sie hätten es geschafft, zu fliehen.

„Gottseidank haben wir irgendwie überlebt“, sagt die junge Frau. Danach hätte sie sich nicht mehr getraut, zu protestieren. Sie ist aber auch wütend. Jeden Tag schickten die Revolutionsgarden und andere Institutionen des Regimes Nachrichten auf die Handys der Menschen, um sie einzuschüchtern. „Sie machen schamlos weiter, als ob das alles nicht wichtig sei, als ob nichts geschehen sei.“

Mindestens 30.000 Menschen mussten erneut ihr Leben geben, weil dem Regime sein eigener Machterhalt wichtiger ist als das Wohl von 90 Millionen Menschen. Nachdem die vollständige Internetblockade zumindest zeitweise Lücken aufweist, sind so viele Berichte aus dem Land gedrungen, dass das Ausmaß der Massaker inzwischen gut belegt ist. Bewaffnete Regimekräfte haben mit Maschinengewehren in die Mengen geschossen, unzählige Menschen wurden auf den Straßen ermordet. „Man kann nichts mit bloßen Händen erreichen“, sagt Nasrin Mohammadi. „Damit wir noch mal auf die Straßen gehen und für das kämpfen, was rechtmäßig uns gehört, brauchen wir Kraft, eine Absicherung.“ Diese Absicherung können in ihren Augen nur die Vereinigten Staaten bieten. Sie warte so sehr auf Hilfe von außen, sagt Mohammadi, dass sie jedes Mal, wenn sie ein Flugzeug höre, denke: „Bitte, greif an.“

Das denkt auch Farhad Azizi. Der 36-Jährige lebt in Rascht. „Ich bin nach den Protesten

wieder ins Büro gegangen, und vier meiner Kollegen haben Angehörige verloren. Bei einem war es der Cousin, beim nächsten der große Bruder“, erzählt er in einer Sprachnachricht. „Egal, mit wem du sprichst: In jeder Familie oder jedem Freundeskreis ist jemand gestorben. „Bitte, übt Druck aus“, sagt er an die internationale Gemeinschaft gerichtet. Seit Jahren protestiert er gegen das Regime. Es klingt ein wenig so, als könne er selbst nicht glauben, dass er sich eine ausländische Intervention wünscht. In resigniertem Ton sagt er: „Ich glaube wirklich, dass der Druck nur noch aus dem Ausland kommen kann. Sie müssen es endlich zu Ende bringen.“

Der Wunsch nach einem Eingreifen von außen ist der Hoffnungslosigkeit der Situation geschuldet, und sicherlich nicht alle Menschen empfinden so. Gleichsam sind es viele. Das lässt sich nur nachvollziehen, wenn man die schwierige Lage der Bevölkerung versteht. Seit Jahren gehen die Menschen friedlich auf die Straßen, weil sie in diesem Staat nicht mehr leben wollen und können. Bei den Protesten im Januar waren es so viele Menschen, dass sie glaubten, dass sie endlich gewinnen würden. Dann folgten die Massentötungen. Das Regime hat bewiesen, dass es auf jeden Protest mit noch mehr Gewalt antwortet.

Derweil arbeitet die iranische Führung in gewohnter Manier daran, die Geschichte umzuschreiben. In einem Interview mit CNN behauptete der iranische Außenminister Abbas Araghchi, die Proteste seien vom israelischen Geheimdienst Mossad inszeniert worden. Vor aller Welt und mit fester Stimme erklärte der Regimevertreter, dass alle Gefangenen zu ihrem Recht kommen würden. Dass es dem Staat sehr leid tue, dass Menschen gestorben seien. Aber Schuld trage nun einmal, leider, leider, der Mossad.

„All diese Lügen machen uns wahnsinnig wütend“, sagt Nasim Shojae. Die 32-jährige Teheranerin hat ebenfalls protestiert. „Sie behaupten, wir seien Terroristen.“ Obwohl sie ihre Freunde hat sterben sehen, versucht hat, ihre Leichen in Sicherheit zu bringen, bevor das Regime sie wegnimmt, will sie wieder auf die Straßen gehen. „Alle warten auf eine neue Gelegenheit, um Rache zu nehmen“, sagt Nasim Shojae. „Mit jedem Tag werden die Menschen

Viele Menschen sind trotz aller Gewalt noch entschlossener, als sie es vorher schon waren.

wütender.“ Nur können sie mit ihrer Wut nirgendwo hin: Die Kontrolle auf den Straßen des Landes ist massiv. Drohnen kreisen über den Städten, Menschen werden willkürlich angehalten, Handys konfisziert. Ein falscher Schritt, ein verdächtiger Chat, ein Wort des Widerstands kann tödlich enden.

Die internationale Gemeinschaft scheint derweil die Verbrechen in Rekordtempo vergessen zu haben. Während Zehntausende inhaftiert sind, in Haft gefoltert und vergewaltigt werden, und Massenhinrichtungen drohen; während unzählige Menschen teils schwer verwundet zu Hause verharren und sich nicht in Praxen oder Krankenhäuser trauen, weil sie dort festgenommen oder getötet werden könnten; während zahllose Angehörige ihre Liebsten nicht beerdigen können, weil das Regime die Leichen nicht herausgibt – während all dies vor sich geht, wird mit den Tätern wieder einmal verhandelt. Die USA und das iranische Regime haben erneut Verhandlungen über das Atomprogramm auf-

genommen. Nicht die Menschenrechtsverletzungen liegen auf dem Tisch, nicht die Zehntausenden Morde. Donald Trump ging es nie um die Menschen im Iran, so wie Menschenleben für ihn grundsätzlich keinen Wert haben. Gab er anfangs noch vor, ihnen helfen zu wollen, will er jetzt nur noch einen großen „Deal“ verkünden und sich als Sieger präsentieren.

„Die Menschen können einfach nicht mehr mit der Islamischen Republik leben“, sagt Nasim Shojaee. „Nicht nur wegen ihrer diktatorischen Herrschaft. Auch weil wirtschaftlich alles völlig zerstört ist. Selbst Leute, die früher keine schlechte wirtschaftliche Lage hatten, können sich kein Essen leisten, keine Kleidung kaufen, sie können ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Sie wissen, dass sie mit der Islamischen Republik keine Zukunft mehr haben.“

Diese verlorene Hoffnung auf ein Leben, das sich auch nur ansatzweise als normal bezeichnen ließe, könnte Antrieb für weitere Proteste sein. Viele Menschen sind trotz aller Gewalt noch entschlossener, als sie es vor den Niederschlagungen waren. Ein Protestierender, der seine Stadt nicht genannt wissen will, sagt: „Die Menschen sind in einem seltsamen Zustand von Schock und einer erstickenden Bedrückung. Jeglicher Mangel an globaler Unterstützung wird unter der iranischen Bevölkerung zu starker Entmutigung und einem Gefühl der tiefen Isolation führen.“

Bisher wurde die iranische Bevölkerung von der internationalen Gemeinschaft konsequent im Stich gelassen. Unvergessen ist bei vielen Menschen im Iran auch das Wort „Drecksarbeit“. So hatte Bundeskanzler Friedrich Merz die Angriffe der israelischen Armee auf den Iran bezeichnet. Dabei starben Zivilist:innen in beiden Ländern. Was viele Menschen deswegen verbindet, ist die Angst, wieder vergessen zu werden. Eine Frau aus Isfahan erzählt weinend in einer Sprach-

nachricht, wie wichtig es für die Menschen im Iran sei, Demonstrationen im Ausland zu sehen. „Wenn wir sehen, dass Menschen in Europa oder anderswo vor den iranischen Botschaften demonstrieren, dann haben wir das Gefühl, noch am Leben zu sein“, sagt sie. „Es gibt uns Hoffnung, dass nicht alles vorbei ist.“

**Alle Namen im Text wurden aus Sicherheitsgründen geändert*



Gilda Sahebi ist Journalistin, Autorin und Podcasterin. Sie hält Verbindungen in den Iran, trotz aller widrigen Umstände. Auf dem Symposium der medico-Stiftung „Kalte Zeit. Zur Ambivalenz der Empathie“ am 7. und 8. Mai (siehe Seite 63) spricht sie über Spaltung und Polarisierung in unserer Gesellschaft.

Wer im Iran gegen das Regime aufbegehrt, bezahlt oft mit dem Leben. Seit den „Jin Jiyan Azadi“-Protesten 2022 unterstützt medico ein Netzwerk von Aktivist:innen im Iran. Auch jetzt kümmern sie sich um medizinische Behandlungen der Verletzten und unterstützen Familien, die durch die Ermordung oder Inhaftierung von Angehörigen in ökonomische Not geraten sind. Um sie zu schützen, können wir darüber kaum berichten. Mit Spenden kann ihre zumeist klandestine Arbeit dennoch unterstützt werden.

Spendenstichwort: Menschenrechte

In eigener Sache

Die repressive Politik der israelischen Regierung trifft auch medico

medico international unterstützt in Palästina und Israel seit mehr als 35 Jahren die Arbeit lokaler Partnerorganisationen. Zu diesem Zweck war medico in Israel seit Jahrzehnten beim dortigen Arbeits- und Sozialministerium und in den besetzten Gebieten bei der Palästinensischen Autonomiebehörde als internationale Organisation registriert. Ende Dezember 2025 teilte der Interministerielle Ausschuss, ein neues Gremium der israelischen Regierung, das nun für die Registrierung von internationalen NGOs zuständig ist, 37 internationalen Organisationen mit, dass ihre Registrierung ausläuft. Eine davon ist medico international.

Schon in den letzten Jahren haben die israelische Regierung und ihr nachgeordnete Stellen die Arbeit unserer Partner:innen sowohl in Israel als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten unter Druck gesetzt. Dies führte zur Kriminalisierung mehrerer führender Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft. Im Oktober 2021 stufte der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz sechs von ihnen als Terrororganisationen ein. Betroffen sind Institutionen, die israelische Rechtsbrüche dokumentieren und palästinensische Bauern- und Hirtenfamilien gegen den illegalen israelischen Landraub unterstützen. Überzeugende Beweise legte das Ministerium nicht vor. Das bestätigten auch internationale, staatliche Geber der Organisationen öffentlich. Trotzdem stellten sie ihre Unterstützung ein und sorgten dadurch dafür, dass die Diffamierungskampagne ihr Ziel erreichte: die Einrichtungen finanziell auszutrocknen und damit wesentliche Teile der organisierten palästinensischen Zivilgesellschaft lahmzulegen.

Mit Donald Trump im Weißen Haus folgte ein weiterer Schlag. Im September 2025 erließ das US-amerikanische Finanzministerium Sanktionen gegen die drei angesehenen und bekannten Menschenrechtsorganisationen in den besetzten Gebieten: das Al Mezan Center for Human

Rights und das Palestinian Center for Human Rights, die beide in Gaza ansässig sind, sowie Al Haq, die älteste palästinensische Menschenrechtsorganisation im Westjordanland. Der Grund für die US-Sanktionen: Den Organisationen wird vorgeworfen, die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen möglicher israelischer Verbrechen zu unterstützen. In Kombination mit den US-Sanktionen gegen Personal des IStGH geht das Vorgehen der Trump-Administration damit deutlich über die tradierte Position der Nicht-Anerkennung des Gerichts hinaus: Die USA greifen den IStGH als Ausdruck der Idee einer internationalen Strafverfolgung bei Völkerrechtsverbrechen mit ausdrücklichem Verweis auf Israel an. In diesen Kontext gehören auch die Angriffe auf humanitäre Organisationen und ihre Arbeit, wie sie die israelische Regierung seit geraumer Zeit betreibt – sei es durch Vorwürfe gegen das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge UNRWA, gegen palästinensische Organisationen oder gegen israelische Organisationen, die sich klar und deutlich gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik positioniert haben.

Trotz des Entzugs unserer Registrierung blieb es uns bislang möglich, die Unterstützung unserer lokalen Partner:innen fortzuführen. Die Auswirkungen auf die Projekte anderer internationaler Organisationen sind jedoch dramatisch: Wenn internationales (z.B. fachärztliches) Personal keine Visa mehr bekommt, kriegt das die betroffene Bevölkerung sehr schnell zu spüren. Hinzu kommt, dass die Arbeit auch auf andere Weise unterminiert wird. So hat Israel seit Oktober 2023 alle palästinensischen Hilfsorganisationen sowie alle internationalen Organisationen ohne eigenes Personal im Gazastreifen davon ausgeschlossen, selbst Hilfsgüter nach Gaza zu bringen. Vereinzelt konnten wir über eine andere Organisation noch Medikamente nach Gaza liefern. Unsere Partner:innen in Gaza mussten sich aber vor allem mit dem begnügen, was zu oft sehr hohen Preisen auf dem Markt verfügbar war. Den Geldtransfer nach Gaza halten wir weiter aufrecht und leiten so – wie auch in den letzten zwei Jahren – Spendengelder weiter.

Wir werden die Arbeit unserer Partner:innen weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Wie sich die Situation weiterentwickelt, ist indes unklar. Jüngst hat der Minister für Diaspora-Angelegenheiten angekündigt, das Personal nichtregistrierter Organisationen nicht einmal mehr nach Israel einreisen zu lassen, auch nicht im Transit in die von Israel besetzten Gebiete oder für kurzzeitige Einsätze oder Dienstreisen nach Palästina. Die Zeichen stehen seitens Israels also weiter auf Eskalation.

Tsafrir Cohen, Geschäftsführer von medico international



Vorwärts und nicht vergessen



Stefanie Schüler-Springorum ist Historikerin und Antisemitismusforscherin. Seit Juni 2011 leitet sie das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, zuvor das Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg.

Ein Gespräch mit Stefanie Schüler-Springorum über die Lücken der deutschen Erinnerungskultur

Wir haben uns zuletzt in Zürich gesehen, wo du auf der von medico mitorganisierten Tagung „Der grosse Kanton. Rise and Fall of the BRD“ gesprochen hast. Ein wichtiges Moment der Debatte dort war die Behauptung einer zur Staatsräson erhobenen, autoritären Verwandlung der deutschen Erinnerungskultur. Dies führte im Nachgang der Konferenz zu einer teils ruppigen Debatte im Feuilleton, das darin eine Abkehr von der deutschen Debatte, aber auch von der Geschichte behauptete. Wie blickst du heute auf die Konferenz, aber auch auf die Debatte zurück?

Zürich hat auf jeden Fall gezeigt, dass bei aller beabsichtigten und vielleicht berechtigten Provokation – nicht zuletzt durch den Titel der Tagung – große Sachfragen auf dem Tisch liegen. Das ist zum einen die angespannte, hoch-emotionale Stimmung in der der deutschen Öffentlichkeit nach dem 7. Oktober und während des anschließenden Krieges in Gaza, zum anderen der oft beschworene und oft kritisierte Zusammenhang mit der deutschen Erinnerungspolitik und dem ihr zugrundeliegenden Wunsch nach einer „Wiedergutwerdung der Deutschen“, die in Zürich oft zitiert wurde. Eines scheint mir dabei sehr wichtig: Die Absicht unserer Debatten war es nicht, wie oft behauptet wird, die Entsorgung der deutschen Erinnerungskultur zu betreiben.

Vielmehr geht es darum, ein ernsthaftes Anknüpfen an das darin immer enthaltene „Nie wieder“ zu verteidigen. Das scheint mir bei aller berechtigten Empörung über die Instrumentalisierung der Erinnerung weiterhin zentral zu sein, denn ansonsten schüttet man das Kind mit dem Bade aus.

Was kann das bedeuten?

Statt die „Erinnerungskultur“ quasi für gescheitert zu erklären, müssen wir uns wieder vergegenwärtigen, was zwischen 1933 und 1945 wirklich passiert ist, welche Vision von Gesellschaft, oder besser: welche Dystopie damals umgesetzt wurde. Und zugleich sollte man nicht vergessen, gegen wie viele Widerstände die Erinnerung daran durchgesetzt werden musste, bis weit in die 1990er-Jahre hinein – vieles hat also ein halbes Jahrhundert gedauert! Dies erklärt vielleicht auch in Teilen eine gewisse Trotzigkeit der älteren Generation, die sich gegen jede Modifikation, Erweiterung oder Wandel des Gedenkens stemmt. Es herrscht bei manchen, nicht zuletzt angesichts der allgegenwärtigen politischen Regression, der Eindruck: Jede Änderung ist ein Angriff auf das mühsam Er kämpfte. Schockiert bin ich aber tatsächlich über die auch unter Historikern verbreitete fehlende „Selbsthistorisierung“, also die Unfähigkeit, die eigenen Kämpfe der 1980er- und

1990er-Jahre selbst als Teil der Nachkriegsgeschichte zu verstehen und so auch eine gewisse Offenheit gegenüber ihrer Fortschreibung und Veränderung zu haben. Da sind dann aus Positionen in einer Auseinandersetzung unumstößliche Dogmen und eine reine Lehre geworden, die mit Händen und Füßen gegen jede Debatte verteidigt werden. Das schließt sie aber ab gegen jede Lebendigkeit und Fortentwicklung, gegen jede selbstständige Aneignung durch die nachfolgenden Generationen.

Die Sorge um die Errungenschaften vergangener Auseinandersetzungen ist sicher ein Teil der Erklärung. Aber gibt es nicht auch andere Muster, die darin hochkommen?

Die vorherrschende Stimmung in den Bildungsschichten hat sicherlich auch mit einem unreflektierten, rassistischen Blick auf Araber, Palästinenser und Muslime zu tun, der hier auch im medialen und kulturellen Mainstream vorherrscht. Man muss sich nur die gängige Berichterstattung und ihre Bebilderung anschauen, die von weinend-schreienden Frauen in Kopftuch und bösen, bärtigen Männern, die Waffen schwingen, geprägt ist. Ich glaube, die wenigsten Menschen hier haben beispielsweise eine Vorstellung von palästinensischer Literatur oder Filmen. Ganz allgemein muss man sich angesichts mancher Äußerungen fragen, ob es überhaupt eine Idee davon gibt, dass es sich um Menschen handelt, die denken, handeln und fühlen; die, um Golda Meir gegen den Strich zu zitieren, „ihre Kinder lieben wie wir unsere“.

Diese selektive Empathie zeigt sich auch darin, dass die palästinensisch-arabische Geschichte auch dann weit weg ist, wenn die Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft leben. Gibt es auch eine aktiv hergestellte Distanz?

Eine Freundin erzählte mir neulich, dass sie in

einer Diskussion über eine im Krieg getötete palästinensische Großfamilie, deren Hinterbliebene in Deutschland leben, entgegnet bekam: „Was haben die aber auch so viele Kinder?“. Ich glaube, solche Sichtweisen sind medial und kulturell extrem weit verbreitet und bilden den vorpolitischen Hintergrund, auf dem hierzulande diese Fragen verhandelt werden. Diese gefühlte kulturelle und emotionale Distanz zu den eigenen Nachbarn ist übrigens etwas, das sich auch durch die Geschichte der deutschen Erinnerung zieht.

Das musst du bitte erklären.

Mir ist das sehr deutlich beim Schreiben meines letzten Buches aufgefallen. Alle Erinnerungen der Sinti und Roma sind von professionellen Bücherschreibern mitverfasst bzw. in eine Geschichte „übersetzt“ worden, die das Erlebte an die gängigen kulturindustriellen Rhythmen schicksalhafter Biografien anpasst. Verkauft haben sie sich kaum, die Erinnerungskultur geprägt ebenso wenig. Wenn man aus dem gängigen Framing herausgeht,

Aus Positionen sind Dogmen geworden. Das schließt die Erinnerung gegen jede Lebendigkeit, Fortentwicklung und Aneignung durch die nachfolgenden Generationen ab.

interessiert es nicht mehr. Die Zwangsarbeiter, Sinti und Roma oder die damals sogenannten „Asozialen“ sind daher kaum präsent. Das gleiche gilt für die Erinnerung an den ersten deutschen Genozid in Namibia an den Herero und Nama. Es gibt dort kein junges Mädchen, das ein Tagebuch schreibt und

sein langsames Verhungern in der Wüste schildert – jedenfalls wissen wir von keinem. Die Erfahrungen wurden kulturell anders verarbeitet als in Mitteleuropa, und auch hier gibt es markante Klassenunterschiede, was die Befähigung angeht, traumatische Erlebnisse kommunizierbar und konsumierbar zu gestalten. In Deutschland, und nicht nur hier, zählen vor allem solche Geschichten, die sich sehr nah, in unseren eigenen Lebenswelten bewegen, die gewissermaßen eine Sprache sprechen, die wir verstehen. Das lässt sich vermutlich auch nur begrenzt ändern. Dennoch wäre ein Nachdenken angebracht darüber, inwieweit bestimmte Opfergruppen auch deswegen aus der Erinnerung herausfallen, weil sie uns vielleicht bis heute suspekt sind, ihre Geschichten nicht „nah genug“ an unserer eigenen Existenz sind und sie uns daher auch nicht bewegen oder nicht einmal interessieren.

Du hast dein jüngstes Buch „Unerwünscht“ erwähnt. In diesem geht es auch darum, dass zumindest in den ersten Jahrzehnten nach 1945 die Geschichte der Verfolgten tabuisiert wurde.

Wenn man sich mit dem Umgang der ehemals Verfolgten in der Nachkriegszeit beschäftigt, fällt auf, dass bis weit in die 1960er-Jahre hinein immer dasselbe Dutzend Namen auftaucht: Juristen, Politiker, Publizisten und Verbandsfunktionäre – oftmals jüdisch, aber nicht immer –, die sich in ihren verschiedenen Funktionen für die Rechte der Überlebenden einsetzen, für Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung, Entschädigung, Gerechtigkeit. Sie alle hatten die Brutalität des NS-Regimes nicht nur am eigenen Leib erfahren, sondern, wenn sie wie Philipp Auerbach oder Eugen Kogon die Lager überlebt hatten, auch das Leid der noch Schwächeren mitansehen müssen – auch nach 1945. Deshalb setzten sie sich für Sinti und Roma ein, für ehemalige Zwangsar-

beiter, für Homosexuelle. Das soll nicht heißen, dass es innerhalb dieser sehr kleinen Gruppe nicht auch soziale Vorurteile gegeben hätte. Aber diese hinderten sie eben nicht daran, solidarisch zu handeln. Es bleibt dabei: Die einzigen, die sich nach 1945 direkt für die Überlebenden einsetzten, waren selbst ehemals Verfolgte. Dies muss man erst einmal zur Kenntnis nehmen, bevor man sich mit dem Thema „Erinnerungskultur“ beschäftigt. Schon allein deshalb gibt es keinen Grund, auf irgendetwas stolz zu sein und es ad nauseam in Gedenkreden zu wiederholen. Stattdessen wäre erst einmal eine Phase der Demut und des Lesens und Lernens angesagt. Bücher und Dokumente darüber gibt es zuhauf.

Und nun sagst du: In den letzten Jahrzehnten haben sich die Geschichten der Verfolgten zwar in die offizielle Erinnerung vorgekämpft, es bleibt aber im Großen und Ganzen bei den Geschichten derer, die uns sozial und kulturell am nächsten sind?

Ja, das gilt übrigens auch für jüdische Geschichten. Ich habe vor vielen Jahren einen Text geschrieben über die sogenannten jüdischen Familienlager in Ostpolen, also größere Gruppen von Juden, meist aus einem oder mehreren Dörfern stammend, die sich vor ihren deutschen Verfolgern tief in den Wäldern und Sümpfen versteckten und so überlebten. Die bekanntesten Anführer unter ihnen, die Bielski-Brüder, haben nach dem Krieg in den USA ein eher ärmliches Leben gelebt und als Überlebende zu Lebzeiten keine Beachtung gefunden – obwohl später, im Jahr 2008, ihre Geschichte sogar mit Daniel Craig verfilmt wurde. Die osteuropäischen Juden sind eher Statistiken als persönliche Schicksale. Es dominiert weiter, um es etwas überspitzt zu sagen, die Vorstellung, dass alle Juden aus Deutschland kamen und in Charlottenburg lebten. Es ist also weniger die Erinnerungsspo-

litik selbst, die heute ein Problem darstellt, sondern ihre Einseitigkeit und Unvollständigkeit, die ihre Verwandlungen zu einem repräsentativen Instrument möglich macht.

Heute kann man dann wohl sagen: Übriggeblieben ist ein Mainstream, in dem der Erinnerung ein kritischer Stachel gezogen wurde?

In dem Maße, in dem die Erinnerung an den Nationalsozialismus zur Staatsangelegenheit erklärt und dann auch mit viel Geld gefördert wurde, verlor sie beziehungsweise ihre Protagonisten gewissermaßen ihren „counter-culture“-Aspekt. Man musste nicht mehr kämpfen, sondern die eigene Arbeit war plötzlich staatlich anerkannt und bedeutungsvoll. Ich rede hier auch von mir selbst. Zugleich voll-

Ein Nachdenken ist angebracht, inwieweit bestimmte Opfergruppen aus der Erinnerung herausfallen, weil ihre Geschichten nicht „nah genug“ an unserer eigenen Existenz sind.

zog sich ein Prozess der massiven De-Politisierung. Wir gedenken der Opfer, aber wir erklären kaum noch, wie es dazu kam. Man hört wenig darüber, wie die regimetreuen Kräfte erst einmal Zehntausende von politischen Gegnern einschüchtern, wegsperren, außer Landes treiben oder umbringen mussten, bevor man mit dem biopolitischen, antisemitischen und rassistischen Umbau der Gesellschaft beginnen konnte. Man fragt auch ungern, wer daran verdient hat. Und das Wort „Antifaschismus“ wird meist müde belächelt. Ich empfehle jedem, einmal Bücher wie die

Biografie der Krankenschwester Betty Rosenfeld aus Stuttgart zu lesen, um ein Gefühl davon zu bekommen, was dieses Wort für eine ganze Generation junger jüdischer wie nicht-jüdischer Jugendlicher bedeutet hat. Es geht also darum, Freiraum zu schaffen, damit sich neue Generationen die Geschichte ihres Landes selbst aneignen, auch wenn uns die Formen manchmal nicht passen. Davon sind wir allerdings gerade weiter entfernt denn je. Die junge Generation erlebt die zur Staatsräson geronnene Erinnerungskultur als starres, autoritäres Regelwerk. Das hat zu einer Entfremdung der arabischen, muslimischen, aber auch anderer migrantischer Communitys und von Teilen der jungen Generation insgesamt geführt. Sie empfinden und erleben den ganzen deutschen Diskurs zwischen Erinnerungskultur, Ukraine und Gaza als heuchlerisch und verlogen. Da gibt es einen richtigen Bruch – und wie gesagt, ich höre das auch von braven deutschen Mittelschichtskids, die nicht politisch aktiv sind.

Was folgt daraus?

Ich teile einerseits die Kritik an der Instrumentalisierung der Erinnerungskämpfe. Andererseits habe ich immer noch, gewissermaßen als biografischer Reflex, Momente, in denen ich mich an die 1980er-Jahre zurück-erinnere und daran, was wir damals gegeben hätten für das, was heute – bei aller Unvollständigkeit – common sense geworden ist. Die Erforschung jüdischer Geschichte, die mich damals zu interessieren begann, galt als langweilig und wissenschaftlich mehr oder weniger sinnlos. Deswegen halte ich es für wichtig, heute neu nachzudenken und auch ein Stück weit anzuschließen an das Er-kämpfte, anstatt die Erinnerung nun für komplett gescheitert zu erklären. Nur wird solches Nach- oder Weiterdenken eben sofort verweigert und mit dem Relativierungsvorwurf belegt. Da wäre mein Vorschlag recht

einfach, wenngleich er quasi von der Erinnerung in die Gegenwart reicht: Wie würde sich der Diskurs und die Stimmung verändern, wenn wir ein tieferes, gesellschaftliches Verständnis des Nationalsozialismus als Gesellschaftsform einerseits und der Vielheit der Verfolgten und ihrer Geschichten andererseits erlangen würden? Die NS-Zeit ist nicht nur eine des Antisemitismus, sondern ein Prozess der dauernden Ausschließung, in der eine faschistische Idee von Gesellschaft durchgesetzt wurde. Wie entsteht eigentlich die faschistische Gesellschaft? Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus könnte so zu etwas erweitert werden, das alle adressiert, die in diesem Land lebten und leben. Das wäre ein brandaktueller Minimalvorschlag, der anschlussfähig an heutige Erfahrungen machen könnte.

Wie kann man unter solchen Bedingungen vermeiden, dass es dann zu einer „Konkurrenz der Opfer“ kommt?

Zunächst einmal: Es hat diese Opferkonkurrenz historisch so nicht gegeben, im Gegenteil, es gab viel Solidarität und es gab alte Vorurteile. In Konkurrenz zueinander befanden sich die unterschiedlichen Opfergruppen, weil der deutsche Staat sie unterschiedlich behandelte. Heute ist es anders: Alle wollen Opfer sein, weil dies staatliche und mediale Anerkennung verspricht. Ein großes Problem dabei ist, dass es eine Vorstellung gibt, die Gesellschaft von Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus zu „bereinigen“ – notfalls durch Umerziehen, Wegsperrungen oder Ausbürgerung. Statt die Realität von Antisemitismus oder Rassismus zu tabuisieren, müsste es aber darum gehen, ihr entgegenzutreten. Haltung und Zivilcourage statt Reinheit. Dieser Reinheitsgedanke führt auf Abwege, man denke nur an den Furor, mit dem hier heute Social-Media-Inhalte gescannt und „angezeigt“ werden. Das erinnert in der Form an

alte deutsche Tugenden. Und genau deshalb bin ich der Meinung, dass Versuche, isolierte Anteile des faschistischen Denkens zu bekämpfen, ins Leere laufen oder ins Gegenteil umschlagen. Wir brauchen eine universellere Vorstellung, was „Nie wieder“ heute heißt.

Wir haben aber stattdessen die teils skurrile Situation, dass sich nach dem 7. Oktober sowohl die Kriegsführung Israels als auch die Kritik am Genozid auf ein „Nie wieder“ berufen haben. Wie aussichtsreich ist in so einer Lage das Festhalten an so einer Figur?

Ich glaube tatsächlich, dass das – bei allen Streiten, die es auch in den Jahrzehnten zuvor gab – in dieser Intensität etwas Neues ist. Im Kern wurde, mit tatkräftiger Unterstützung der israelischen Regierung, ein partikulares „Nie wieder“ etabliert, in dem nur das zählt, was Jüdinnen und Juden oder Israelis angetan wird, und das den Rest in eine zweite Ordnung schiebt. Dies steht im starken Gegensatz zu den Aussagen und, wenn man will, dem Vermächtnis vieler Überlebender. Aber eigentlich, so würde ich meinen, braucht man keine Geschichtswissenschaft, keine historischen Schlüsselereignisse, keine Botschaften aus der Vergangenheit, um Unrecht und Ungerechtigkeit zu erkennen und abzulehnen.

Was tun?

Kurs halten, sich nicht einschüchtern lassen, weitermachen. Vorwärts und nicht vergessen, hieß das früher mal.

Das Interview führte Mario Neumann.

Die Konferenz „Der grosse Kanton“ können Sie auf unserem Youtube-Kanal nachschauen: medico.de/youtube

medico aktiv

Für Bewegungsfreiheit Neue Formen der Solidarität

Um die kolonialen Kontinuitäten der EU-Abschottungspolitik ging es Mitte Januar auf Kampnagel in Hamburg. Mit Redebeiträgen, Performance, Film und Musik brachte die von medico international, de:criminalize und der Internationalen Kulturfabrik Kampnagel organisierte Veranstaltung Unterstützer:innen zusammen. Die Autorin Şeyda Kurt, die Politikwissenschaftlerin Prof. Nikita Dhawan, der Aktivist David Yambio und andere thematisierten die Kriminalisierung von Migration und die Inhaftierung Geflüchteter, etwa von Dutzenden Jugendlichen aus dem Sudan auf Kreta. Ausgangspunkt war die Arbeit des von medico initiierten Fonds für Bewegungsfreiheit, der kriminalisierte Geflüchtete juristisch unterstützt. Die Veranstaltung suchte nach neuen Formen der Solidarität angesichts des gesellschaftlichen Rechtstrends und wachsender Entrechtung an Europas Außengrenzen. Der ausverkaufte Saal auf Kampnagel machte Hoffnung, dass das Lager der Solidarität größer ist, als man oft annimmt.



David Yambio auf dem Podium in Hamburg

medico.de/bewegungsfreiheit

Im Schatten der Staatsräson

Film-Gespräche zur Nakba

Intergenerationale Traumata, Schmerz und Trauer, ausgelöst durch den Verlust des eigenen Zuhauses, des Landes und schließlich des eigenen Kindes: Der Kinofilm „Im Schatten des Orangenbaums“ holt die Nakba und ihre Folgen für Millionen Palästinenser:innen aus der Unsichtbarkeit. Die US-amerikanisch-palästinensische Regisseurin Cherien Dabis, zugleich Hauptdarstellerin des Films, erzählt die Geschichte der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Zuge der Staatsgründung Israels als das Schicksal einer Familie. Ende 2025 führte medico-Nahostreferent Riad Othman in Halle, Dresden, Würzburg, Heidelberg, Mainz und Frankfurt im Anschluss an Vorführungen des Films Gespräche mit dem Publikum. Als Menschenrechtsorganisation, die sich seit bald 40 Jahren in Palästina und Israel engagiert, geht es uns, wie Cherien Dabis, darum, dem andauernden Leiden von Palästinenser:innen einen menschlichen wie historisch angemessenen Ausdruck zu geben. Denn wer sich mit der britischen Mandatszeit in Palästina, dem Krieg von 1948 und der Nakba sowie der palästinensisch-israelischen Geschichte ernsthaft auseinandergesetzt und dann diesen Film gesehen hat, wird feststellen: Ein Spielfilm kann den historischen Tatsachen weit mehr entsprechen als Verlautbarungen, Beschlüsse und Reden aus dem Deutschen Bundestag.

Klein, aber fein medicos Berlin-Büro zieht um

Den Trend zur Flucht in die Hauptstadt, dem viele kulturelle und zivilgesellschaftliche Organisationen in den letzten Jahrzehnten folgten, machte medico zwar nicht mit; ganz ohne Berlin geht es aber dennoch nicht. Seit dem Jahr 2019 ist medico daher mit einem kleinen Sitz in Berlin vertreten, für den nun neue Räume gefunden wurden. Die Hermannstraße in Berlin-Neukölln beherbergt seit dem vergangenen Jahr gleich zwei neue Initiativen, die seitdem von sich reden machen. In zwei roten Backsteinbauten logieren das Öffentlichkeitszentrum Publix und, direkt nebenan, das Kulturprojekt Spore Initiative. Mit Publix hat die Schöpflin Stiftung, die hinter beiden Projekten steckt, ein neues pulsierendes Zentrum zur Förderung journalistischer Innovation und zur Stärkung unabhängiger Öffentlichkeit geschaffen. Auf rund 4.000 Quadratmetern stehen Co-Working-Plätze, Wohn- und Besprechungsräume, ein Café und Veranstaltungsflächen zur Verfügung. Hier zieht nun auch medico ein und wird ein Teil des großen Netzwerks aus journalistischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die hier aufeinandertreffen.

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Carlos dos Santos

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-52

spenden@medico.de

BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Website finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



IN VERBINDUNG BLEIBEN

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden



PHARMA UND VERBRECHEN

Blick zurück: das rundschreiben 1/2001



Mehr Prominenz geht kaum. In dem medico-rundschreiben vor 25 Jahren zur „Globalisierung des Verbrechens“ finden sich Texte von zwei der bekanntesten europäischen Krimiautoren: ein Nachruf von Henning Mankell auf den kurz zuvor ermordeten mosambikanischen Investigativjournalisten Carlos Cardoso sowie der deutsche Erstabdruck aus dem Buch „Der ewige Gärtner“ von John le Carré über die verbrecherischen Machenschaften eines als fiktiv deklarierten Schweizer Pharmakonzerns in Kenia. Le Carré selbst sagte darüber: „Als meine Reise durch den Pharmadschungel fortschritt, habe ich herausgefunden, daß meine Geschichte, verglichen mit der Realität, zahm wie eine Ferienpostkarte ist. Das Übel sitzt in Basel.“

Dieser Fingerzeig verwies direkt auf ein zentrales Arbeitsfeld von medico: die Auseinandersetzung damit, wem welche Medikamente zugänglich sind. So erzählt das rundschreiben davon, wie 39 Pharmakonzerne Anfang des Jahrhunderts in Südafrika ein Generika-Gesetz zu verhindern versuchten, das die Verfügbarkeit von wirksamen Medikamenten für Aids-Patienten ermöglichen sollte. Eine deutlich günstigere Kopie der lebensrettenden Medikamentenkombination aus Thailand wurde ebenfalls per Klage blockiert. Es war ein bitteres Lehrstück darüber, dass Patente töten und wie weit die Pharmaindustrie zur Sicherung ihrer Profite zu gehen bereit ist. Die Corona-Pandemie führte es einmal mehr vor.

Das rundschreiben stellt auch einen Akteur vor, der Licht in solche dunklen Geschäfte bringt. Bereits Anfang der 1980er-Jahre war medico an der Gründung des pharmakritischen Netzwerks Health Action International beteiligt. Schon bald arbeitete HAI weltweit mit Unterstützung von medico – sowohl investigativ als auch per Advocacy – daran, den Zugang zu sicheren, wirksamen und bezahlbaren Medikamenten gerechter zu machen. Im rundschreiben heißt es dazu: „Transparenz in solchen [Geld-]Dingen ist keine Wunderwaffe, die das ökonomische Profitgesetz aushebeln kann, aber unerläßliche Voraussetzung für eine hartnäckige Politik an der Seite der Opfer dieser Marktgesetze.“ HAI gibt es noch heute – die Verstrickung von Pharma und Verbrechen leider ebenso.



Das rundschreiben erscheint seit 1982, Ausgaben seit 1999 finden sich digital unter medico.de/rundschreiben-archiv

Symposium

Stiftung medico international

medico-Haus Frankfurt

7.+8.5.2026



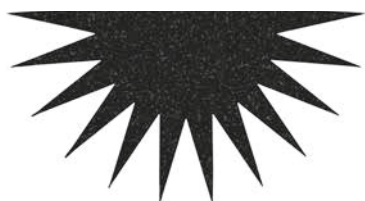
KALTE ZEIT ZUR AMBIVALENZ DER EMPATHIE

Wir sprechen über den globalen Krieg gegen die Empathie. Über gleichgültiges Wegsehen und Anti-Universalismus. Über das Navigieren durch kalte Zeiten und ein solidarisches Miteinander.

Mit:

- **Yassin al-Haj Saleh**
Autor und Journalist, Berlin und Syrien
- **Holger Horz**
Professor für Pädagogische Psychologie,
Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- **Andrea Kuhn**
Kuratorium Stiftung medico international,
Leiterin Menschenrechtsfilmfestival Nürnberg
- **Nadja Meisterhans**
Professorin für Politische Philosophie,
Karlshochschule International University, Karlsruhe
- **Michael Ramminger**
Theologe, Institut für Theologie und Politik, Münster
- **Gilda Sahebi**
Journalistin, Ärztin und Politikwissenschaftlerin, Berlin
- **Helena Silvestre**
Autorin und Aktivistin, Escola Feminista Abya Yala,
São Paulo

KEINE DEMO- KRATIE OHNE ROJAVA



Plakate, Postkarten
und Sticker kostenlos
auf medico.de/rojava
bestellen.



medico international